

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Preussische Provinzen, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 9. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkassentanz: Berlin 375 36 — Postkonten: Direktion der Döbner-Gesellschaft, Depotkassentanz Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:  
Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark, Restamtsbeilage 4. — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer bei zwei seitgedruckten Worten), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Steilgedruckte das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Sonntagsgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Macdonalds Pariser Besprechungen.

### Gestern mit Herriot — heute mit Parlamentariern aller Richtungen.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ramsay Macdonald ist am Dienstag nachmittag um 4 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs im englischen Auswärtigen Amt Sir Eric Crowe und seiner beiden Privatsekretäre in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Herriot und seinen Mitarbeitern begrüßt. Macdonald hat sich zunächst nach der englischen Botschaft begeben, wo er wohnte. Gegen 5 Uhr ist er am Quai d'Orsay eingetroffen, wo sofort die Beratungen über das Programm der Londoner Konferenz begannen. Ueber ihren Verlauf wird voraussichtlich in der Nacht ein offizielles Kommuniqué herausgegeben werden. Am Mittwoch nachmittag findet am Quai d'Orsay ein Essen statt, zu dem u. a. auch die Mitglieder der Finanzkommissionen sowie der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten von Kammer und Senat eingeladen sind. Wegen der am Donnerstag im englischen Unterhaus stattfindenden Debatte über die internationale Politik wird Ramsay Macdonald voraussichtlich spätestens am Mittwochabend die Rückreise nach London antreten.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der am Dienstag vormittag abgehaltene Ministerrat hat eine Reihe von Beschlüssen von großer Tragweite gefaßt. Der größte Teil der Beratungen war dem vom Außenministerium in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Instanzen vorbereiteten Memorandum zur Londoner Konferenz gewidmet, dessen Text gemildert wurde. Die Absendung soll erst nach der Aussprache mit Ramsay Macdonald stattfinden. Auf Vorschlag des Ministeriums des Innern hat das Kabinett sodann eine Reihe von Personalveränderungen in den höheren Stellen gutgeheißen, deren Zweck ist die Verwaltung von den Günstlingen des Nationalen Blocks zu säubern. Endlich hat der Ministerrat beschlossen, in den nächsten Tagen im Parlament einen Gesetzesentwurf einzubringen, der, wie bereits gemeldet, die Wiedereinführung der Arrondissement-Wahlen an Stelle des von Clemenceau geschaffenen Wahlgesetzes von 1919 vorsieht, das ein geradezu groteskes Kompromiß zwischen Verhältniswahl und Mehrheitsprinzip darstellt und jedem Wahlbetrug Tür und Tor öffnet.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Selbst der Besuch Macdonalds hat der nationalsozialistischen Opposition keine Veranlassung gegeben, wenigstens vorläufig zu schweigen. Jetzt wird Herriot zum Vorwurf gemacht, daß er sich Macdonalds bediene, um seine bedrohte Stellung zu retten. Die Opposition stößt mit diesem Manöver aber selbst solche Kreise vor den Kopf, die ihr bisher Gefolgshaft geleistet haben. Denn der Wunsch, daß es in der Aussprache zwischen Herriot und Macdonald gelingen möge, die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, wird selbst von rechtsstehenden Blättern, wie dem „Figaro“, dem „Gaulois“ und dem

„Journal des Débats“ erhoben. Andererseits aber machen die hinter der Regierung stehenden Organe keinen Hehl daraus, daß Herriots Position bei diesen Verhandlungen in höchstem Grade gelitten hat. Wenn auch die Berechtigung des von London vertretenen Standpunkts, daß England sich in den Fragen der Feststellung neuer deutscher Verfehlungen und der Pflicht zur Teilnahme an Sanktionen nicht einfach einer womöglich gegen die Stimme Englands zustande gekommenen Entscheidung der Reparationskommission beugen kann, täglich mehr an Boden gewinnt, so ist es doch im Hinblick auf die Fähigkeit, mit der man in Frankreich an dem Buchstaben des Versailler Vertrages hängt, schwer, dafür ein Kompromiß zu finden, das den französischen Empfindungen gerecht wird. Hier dürfte die Hauptschwierigkeit in den Verhandlungen der beiden Ministerpräsidenten liegen.

### Die Londoner Konferenz bleibt gesichert.

Paris, 8. Juli. (W.F.B.) „Havas“ zufolge wird angenommen, daß Ramsay Macdonald morgen nachmittag 4 Uhr Paris verläßt. Es scheint, so fügt die Agentur hinzu, daß die Londoner Konferenz, wie vereinbart wurde, am 16. Juli stattfinden werde.

### Macdonalds Empfang in Paris.

Paris, 8. Juli. (U.) Nach dem Aussteigen aus dem Zuge schüttelte Ramsay Macdonald alle Hände, die sich ihm entgegenstreckten. Er wurde in den Empfangsalon geführt, wo der Innenminister eine kurze Begrüßungsansprache hielt. Fünf Minuten später lang Herriot ganz außer Atem an und fällt dem englischen Premierminister wortlos in die Arme. Die beiden Ministerpräsidenten umarmen sich verschiedene Male. Auf der Straße kommt das Auto, in dem sie Platz genommen haben, nur langsam vorwärts. Es ist dicht von Menschen umsummt. Pflätsch bricht die Menge in die Kufe aus: „Es lebe Herriot! Es lebe Ramsay Macdonald!“ und auch:

„Nieder mit dem Kriege!“

Gegenmanifestanten rufen: „Es lebe der Versailler Vertrag!“ und andere wieder: „Es lebe der Friede!“ 200 Personen, die die Sicherheitslinie durchbrechen, umgeben das Auto in nächster Nähe und rufen: „Nieder mit dem Kriege!“

Bei seiner Ankunft in Boulogne mittags sagte Macdonald einem Pressevertreter, er empfinde für Frankreich das Gefühl lebhafter Freundschaft.

Er komme nach Frankreich als Friedensbote und bringe den Weltfrieden.

Weiter gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Besprechungen mit Herriot zu wichtigen Ergebnissen führen würden.

Die deutsche Regierung hat u. a. wiederholt den Vorwurf erhoben, daß das Internationale Arbeitsamt eine Wirtschaftskontrolle für Deutschland plane. In diesem Zusammenhang wurden heftige Angriffe gegen das Arbeitsamt und seinen Leiter, den Genossen Thomas, gerichtet. In Wahrheit ist eine solche Kontrolle keineswegs beabsichtigt.

Immerhin ist es tief bedauerlich, daß diese ungerechtfertigten Vorwürfe eine Beunruhigung und Irreführung der öffentlichen Meinung in Deutschland in dem Augenblick herbeiführten, wo eine deutliche Entspannung der politischen Lage in Europa sichtbar wird. Hoffentlich besteht heute für Deutschland kein ernsthaftes Hindernis mehr, als gleichwertiges Mitglied in die große Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden, so wie es seit 1921 schon an den Internationalen Arbeitskonferenzen mitgearbeitet hat.

Die deutschen Arbeiter werden sicher volles Verständnis dafür haben, daß ein

längeres Fernbleiben Deutschlands aus dem Völkerbund wohl den egoistischen Wünschen einzelner Sonderinteressen entsprechen mag, aber niemals den höheren und gerechten Interessen Europas,

das nach langen Jahren der Enttäuschungen und Leiden endlich wieder einmal den Weg zu gemeinsamer Arbeit im Geiste des Vertrauens und der ehrlichen Demokratie gehen will.

### Jean Jaurès im Pantheon.

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, der Kammer einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der die Ueberführung der sterblichen Reste von Jean Jaurès ins Pantheon, die nationale Begräbnisstätte der großen Männer Frankreichs, vorsieht. Herriot erfüllt mit dieser Ehrung des großen, am Vorabend des Kriegsausbruchs von seiner Mörderhand gemeuchelten Volkskrieger eine nicht nur von den Sozialisten, sondern auch von allen Demokraten Frankreichs stets erhobene Forderung, die von seinen Vorgängern immer wieder abgelehnt worden war. Seit 30 Jahren ist keiner mehr im Pantheon beigelegt worden.

## Die Reise nach Paris.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 7. Juli.

Der plötzliche Entschluß Macdonalds, mitten aus seiner arbeitsreichen Woche heraus, die seine Anwesenheit im Unterhaus dringend erfordert hätte, nach Paris zu fahren, ist ein Signal. Er muß auch dem blindesten und dem optimistischsten Zuschauer zeigen, daß Gefahr im Verzug ist. Berge von Mißverständnissen haben sich drüber mehr als hüben, wo die Presse im allgemeinen eine musterhafte Haltung bewies, aufgehäuft. Da, wie es sich in den letzten fünf Tagen gezeigt hat, das ununterbrochene Kommen und Gehen der Botschafter, das fieberhafte Arbeiten der offiziellen diplomatischen Maschine die Situation nur noch mehr verschärft hat, beschloß Macdonald, den Knoten zu zerklagen. Sein Besuch in Paris ist das äußerste, was er in diesem Augenblick unternehmen konnte, bedeutet die Einsetzung des ganzen Prestiges seiner Person und seines Amtes.

Zuerst schien es ein Lärmen um nichts. Paris behauptete, keine Einladung zur Konferenz erhalten zu haben. Es war nicht schwer, die öffentliche Meinung Frankreichs dahin aufzuklären, daß man Gastgeber zu ihren eigenen Empfängen nicht einzuladen pflege; Frankreich sei selbst Gastgeber der Londoner Konferenz. Außerdem behauptete Paris — und das war schon ernster zu nehmen — Großbritannien habe die Gelegenheit der Versendung der Einladungen dazu mißbraucht, seinen eigenen, vom französischen abweichenden Standpunkt in einer wichtigen Frage als das Produkt einer in Chequers erfolgten Vereinbarung hinzustellen. Es handelt sich hier bekanntlich um die Frage, ob die Reparationskommission, wie Frankreich wünscht, oder eine eigene, international zusammengesetzte Kommission, wie England wünscht, über die etwaigen zukünftigen deutschen Verfehlungen zu wachen habe. England habe, auf illoyale Weise, durch Verknüpfung der Einladung mit einer Darstellung dieser Frage vom englischen Standpunkt aus den Eindruck erweckt, als ob Herriot die Reparationskommission preisgegeben hätte. Auch hier konnte England die Grundlosigkeit der Beschuldigungen nachweisen. Der englische Standpunkt in dieser Frage war getrennt von der Darstellung der Besprechungen in Chequers durchaus als solcher gekennzeichnet, er war überdies nicht einmal gleichzeitig mit den Einladungen an die verschiedenen Regierungen, sondern wie nunmehr feststeht, an die betreffenden britischen Auslandsvertreter gesendet worden.

Theoretisch waren damit alle Mißverständnisse aufgeklärt, theoretisch hätte die Auseinandersetzung als politischer Zwischenfall erledigt sein müssen, nachdem die unfreundlichen Anlagen an die englische Adresse sich als objektiv falsch erwiesen hatten. Praktisch aber zeigte sich, daß man trotz der englischen Aufklärung keinen Schritt weiter war. Die Hehe in Paris ging weiter, die Treibjagd gegen Herriot wurde fortgesetzt. Und nur der in diesem Falle von England bewiesene wahre Lammsgebild gegenüber Frankreich, die womöglich noch gefragt hat, ob man nicht wirklich durch irgendeinen Formfehler das Gemüt des leicht erregbaren französischen Nachbarn vielleicht doch gereizt hat, ist es zu danken, daß man hier nicht den Kopf verloren hat. Vor allem beweist es einen hohen Grad von politischer Erziehung, daß die übrigen englischen Parteien diese agitatorisch glänzende Gelegenheit, Macdonald Knüttel zwischen die Beine zu werfen, trotz der etwas gespannten Situation zwischen der Regierung und den Parteien nicht benützt haben, sondern ihm durch ihre Presse deutlich zu verstehen gegeben haben, daß sie sachlich und taktisch auf seiner Seite stehen.

Praktisch war die Situation vor der neuen französischen Kampagne folgendermaßen: Der sachliche Gegensatz bestand, aber die ganze Frage schien eine Zweckmäßigkeitsfrage zu sein, und auch Herriot hat ihr in Chequers, wenn ich recht unterrichtet bin, keinerlei grundsätzliche Bedeutung zugeschrieben. Herriots Herz hing gewiß nicht an der Reparationskommission, und er hätte wohl nichts dagegen gehabt, in dieser Frage auf der Konferenz von seinen Alliierten überstimmt zu werden, und Macdonalds Postill ging deutlich darauf aus, die übrigen Alliierten — und das war ja der Zweck des Memorandums — von der sachlichen Notwendigkeit der Ersetzung der Reparationskommission, die nur im Rahmen des Versailler Vertrages ihre Rechte hat, zu überzeugen. Es schien sogar, daß er insbesondere in Belgien auf ein gewisses Verständnis gestoßen wäre. Tatsächlich war also ernste Gefahr vorhanden, daß gegen den bloc national auf der Konferenz indirekt ein entscheidender Schlag geführt wurde, der der Welt und Deutschland tatsächlich bewiesen hätte, daß ein neuer Start begonnen hat. Das haben die Chauvinisten in Paris und das hat insbesondere Poincaré begriffen. So beschlossen sie, unter Benützung der skrupellosesten Mittel der Entstellung und Fälschung, die erste beste Gelegenheit zu einem Generalangriff. Bringt man alles das, was in Paris geschehen ist, aus dieser Perspektive gesehen, auf eine Formel, so bedeutet dieser ganze Angriff auf Macdonald-Herriot folgendes: Indem man diese Frage zu einer Frage der nationalen Ehre Frankreichs macht, indem man den Versailler Vertrag für bedroht erklärt, indem man die Preisgabe

## Brantings Appell an Deutschland.

### Für Festigung des Achtstundentages. — Für Eintritt in den Völkerbund.

Der Vorsitzende der Internationalen Arbeitskonferenz, Genosse Hjalmar Branting-Schweden, Mitglied des Völkerbundesrats, äußerte sich gegenüber unserem Genstr. Vertreter nach Abschluß der Arbeitskonferenz wie folgt:

Im Geiste der internationalen Verständigung und Arbeit hat die Internationale Arbeitskonferenz eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Beschlüsse gefaßt, die dem Wohle und der Emanzipation der arbeitenden Klassen in der ganzen Welt dienen sollen. Die Erklärungen der Regierungsvertreter Englands, Belgiens und Frankreichs geben die berechtigten Hoffnung, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag von allen großen Industrieländern Europas bald ratifiziert wird.

Hoffentlich werden durch

### die Erklärungen der deutschen Regierung

in dieser wichtigen Angelegenheit keine ersten Schwierigkeiten verursacht werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland birgt die Gefahr schwerer sozialer Konflikte für die Arbeiter von ganz Europa in sich, da die Industrieländer der anderen Länder unter Hinweis auf die deutsche Konkurrenz von ihren Arbeitern gleichfalls Mehrarbeit fordern werden. Somit würde die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, der das wertvollste Ergebnis des Umsturzes von 1913 für den sozialen Fortschritt der Arbeiter darstellt, ernstlich gefährdet.

Man kann eine Mehrarbeit in Deutschland mit den Reparationsleistungen nicht begründen, denn die an den Reparationen interessierten Staaten haben in ihren Entschlüssen ausdrücklich festgestellt, daß die Reparationsleistungen nicht eine Schädigung der berechtigten sozialen Ansprüche der deutschen Arbeiter zur Folge haben sollen. Mehrarbeit bedeutet aber, daß die deutschen Arbeiter in erster Linie die Hauptlast der Reparationsleistungen zu tragen hätten. Dagegen würden sie sich wehren, wie ihre Arbeitsbrüder in der ganzen Welt sich für den Achtstundentag als Fundament einer internationalen und gerechten Sozialpolitik mit allen Kräften und zu jeder Zeit einsetzen werden.

französischer Rechte proklamiert, hört die Frage Reparationskommission oder unabhängige Kommission auf, eine Zweckmäßigkeitfrage zu sein. Damit vergrößert sich die Gefahr, daß Herriots Befolge, soweit es nicht wirklich sozialistisch, sondern nur bürgerlich radikal ist, irre wird. Diese schwankenden Kleinbürger scheinen in den letzten Wochen ohnedies schon etwas Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen zu haben; sie werden dann weich, Wachs in den Händen des Drahtziehers Poincaré, der unter Mißbrauch ihres ehrlichen Patriotismus sie für seine Zwecke einspannt. Die Folge wäre eine Schwächung der Mehrheit Herriots — oder der Zwang für Herriot, sich in sachlichen Fragen von Stimmungen, innerpolitischen Rücksichten leiten zu lassen, praktisch ein Rückfall hinter den 11. Mai zu erleben — mit einem Worte das Ende der neuen Außenpolitik der Vernunft. Und diese Gefahr ist um so größer, als eine gewisse Pariser Presse mit einer Frechheit sondergleichen, obwohl ihr doch der Ausgang der Wahlen einen kräftigen Denkzettel gegeben haben müßte, schon wieder so tut, als ob sie die Stimme Frankreichs wäre.

Die Konsequenz dieser Situation ist von den politischen Mathematikern des bloc national schon vorausberechnet: eine unmögliche Stellung Frankreichs auf der Konferenz, politische Niederlage Herriots — und sei es auch um den Preis der Zerstückelung aller Hoffnungen auf einen politischen Aufbau Europas. So sollte es nach den Wünschen der französischen Reaktion gehen, die leider in den höchsten und einflussreichsten Stellen, ähnlich wie Deutschland, Sitz und Stimme hat. Da trat das völlig Unerwartete, nicht Vorausberechnete ein, die Reise Macdonalds nach Paris.

Sie wächst, so gesehen, weit über ihren unmittelbaren Sinn, über den tatsächlichen Inhalt der Besprechungen hinaus. Macdonald dokumentiert symbolisch, daß er mit dem wirklichen Frankreich zu verhandeln wünscht und nicht mit dem, was sich, einen Augenblick der Verwirrung benützend, in diesem entscheidenden Augenblick europäischer Geschichte zwischen Frankreich und England geschoben hat. Die Reise ist das äußerste, ja das gewagteste, was die Demokratie Großbritannien in dieser Stunde tun konnte, um Europa vor einer neuen Krise zu bewahren.

### Deutschvölkischer Idealismus.

**Wieber ein paar Unschuldige mehr an die Wand, als nur einen Schuldigen gehen lassen.**

Aus München wird uns geschrieben: Eine der himmelschreiendsten Taten während der „Besetzung Münchens“ vom 1. bis 5. Mai 1919 war die Ermordung der 12 Arbeiter und Familienväter aus Perlach, einem Dorf in der Nähe Münchens. Die Tat hat eine Ableitung des Freikorps Löthow unter dem Kommando des Leutnants Bötzing und des Bizelektromechanikers Präferer im Hofe des Hofbrauhauskellers ausgeführt. Die Verfahren, die sich an diese grausige Mordtat schlossen, und die zuerst von den Militärgerichten und später von der Münchener Staatsanwaltschaft geführt wurden, sind schließlich im Jahre 1922 im Sande verlaufen. Der Ausschuss zur Feststellung von Tumultschäden, der sich mit den Entschädigungsansprüchen der zwölf Ehefrauen und der 36 Kinder der Ermordeten zu befassen hatte, sprach damals den Hinterbliebenen die nach dem Aufbruchschadengesetz höchstmögliche Rente zu; das Reichswirtschaftsgericht kassierte aber diesen Spruch und erklärte, es läge keine „offene Gewalt“ gegen die Erschossenen vor.

Die „Münchener Post“ hatte nun Gelegenheit, Einblick in die noch vorhandenen Akten der Verfahren zu nehmen. Daraus ergibt sich zunächst, daß der erwähnte Bizelektromechaniker Präferer laut Strafliste ein äußerst roher Mensch mit geringen Gewissensbedenken ist, der schon zweimal wegen schweren Diebstahls und Urkundenfälschung erhebliche Gefängnisstrafen zu verbüßen hatte. Der Leutnant, in dessen Schwadron der Präferer Dienst machte, sagte als Zeuge: „Ich halte ihn für einen gefährlichen Menschen, der meiner Ansicht nach nicht Soldat geworden ist aus Interesse am vaterländischen Dienst oder aus vaterländischer

Gefinnung, sondern weil er seinem Hang nach Abenteuer fröhnen wollte und der Ansicht war, daß es beim Militär etwas zu verdienen gab. Ueberall entdeckte er Lebensmittel, Butter, Wurst usw. und hat wohl während der Zeit, wo er beim Freikorps Löthow war, nicht schlecht gelebt.“ Nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen hat Präferer nach der Ermordung die Leichen ausgeraubt; er hat den Toten die Ringe von den Fingern gezogen, während ein anderer Soldat ihnen die Taschen abgriff und die Uhren und Geldbörsen raubte. Seine dienstlichen Befehle erhielt er vom Kommandeur des Freikorps, dem Major Schulz, der in einer Offiziersbesprechung am 4. Mai 1919 laut Zeugenaussage ausführte: „Eheber ein paar Unschuldige mehr an die Wand, als nur einen Schuldigen gehen lassen.“

In allen eingeleiteten Verfahren wurden nur die an der Ermordung beteiligten Offiziere als Zeugen vernommen; eine Vernehmung der Täter als Beschuldigte fand von vornherein nicht statt. Alle übrigen den Behörden und Gerichten genannten mehrere Personen wurden nicht vernommen; auch ein vom Sozialdemokratischen Verein München damals bei der Staatsanwaltschaft eingereichtes Zeugenprotokoll fand keine Berücksichtigung. Die Erklärungen der Mörder, die in einem militärischen Bericht zusammengefaßt wurden, bildeten die Grundlage zur Einstellung des Verfahrens. Das Interessanteste aber ist, daß später dann diese militärischen Akten auf dem Wege zum Bezirkskommando Charlottenburg, das es gar nicht gibt, verlorengegangen sind und bei dem späteren staatsanwaltlichen Verfahren „rekonstruiert“ wurden. Bei den neuen Akten findet sich auch die Angabe des Bürgermeisters von Perlach; danach waren die meisten von den Ermordeten Mehrheitssozialisten, andere politisch nicht tätig und nur einer Mitglied der U.S.P., Kommunisten waren keine darunter. In einem eingehenden Bericht der Gendarmeriestation Perlach wird erklärt, daß bei keinem einzigen der Leute eine Schuld festgestellt war. Einige der Leute hätten wohl Gewehre von der Arbeiterwehr gehabt, diese Gewehre seien aber ausnahmslos bereits am 1. Mai 1919 nach Erlaß der öffentlichen Aufforderung ordnungsgemäß abgeliefert worden.

Eine besondere Rolle in dieser Sache hat auch die Polizeidirektion des Herrn Böchner gespielt. Als nämlich die Akten bei dem Freikorps Löthow verschwunden waren, ließ Böchner eines Tages bei einem Mitglied der U.S.P. Hausdurchsuchung halten. Man fand auch einige Schriftstücke, die sich mit der Ermordung der Perlach Arbeiter befaßten. Damit wollte man den Beweis erbringen, auf welche Weise die Akten verschwunden seien. Auf die wiederholten Eingaben des Sozialdemokratischen Vereins München versicherte der damalige Justizminister Kollh, daß mit dem baldigen Abschluß des Verfahrens nicht gerechnet werden könnte, daß aber die Staatsanwaltschaft zur nachdrücklichen Verfolgung der Angelegenheit dienstlich angewiesen sei. Das Ergebnis des nachdrücklichen Zusammenwirkens des mit der Sache befaßten Militärgerichtes, der Staatsanwaltschaft, der Polizei und des Justizministeriums war, daß die Mörder der zwölf Perlach Arbeiter noch heute frei herumlaufen, und daß die Hinterbliebenen, die jetzt noch zum Teil in großer Not sich befinden, noch keinen Pfennig Entschädigung erhalten haben.

### Deutschnationale Theorie und Praxis.

Am Sonnabend, den 28. Juni, hat der Reichstag die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Beratung der Anträge über die Aufwertung beschlossen. In der Debatte darüber haben alle Parteien den schleunigen Zusammentritt dieses Ausschusses für notwendig gehalten. Am eiligsten hatten es die Deutschnationalen, deren Redner, Herr Herzog, jeden Tag der Verzögerung als ein Unrecht bezeichnete.

Inzwischen sind zehn Tage vergangen, der Ausschuss ist noch nicht zusammengetreten und es sind auch gar keine Anstalten getroffen, die auf einen baldigen Zusammentritt schließen lassen. Das ist um so bezeichnender, als der Vorsitz in diesem Ausschuss den Deutschnationalen, also vermutlich dem Abgeordneten Herzog, zufällt. So sehen beim Deutschnationalen Theorie und Praxis aus!

### Die Zolltarifvorlage der Reichsregierung.

Hohe Lebensmittelpreise.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der Entwurf eines Schutzollgesetzes bereits fertiggestellt. Der Entwurf greift auf den Zolltarif von 1902 zurück, der 1906 mit Vertragsföhen in Kraft trat. Er sieht u. a. auf den Doppelzolltarif im Vertragstare eine Belastung für Roggen von 5, für Weizen von 5,50, von Malzgerste von 4, Futtergerste von 1,30 und Hafer von 5 M. vor. Durch Verordnung von 1914 wurde dieser Tarif suspendiert. Dazu trat 1922 eine Entschärfung, daß die völlige oder teilweise Wiederherstellung nur durch gesetzgeberischen Akt vorzunehmen ist.

Die Entschärfung über den Entwurf bleibt so dem Reichstag überlassen. Der Entwurf selbst soll sich nur mit den Hauptpositionen beschäftigen und ihre Wiederherstellung auf den Stand von 1914 vorsehen. Die deutsche Bevölkerung würde den Zoll in empfindlicherem Maße zunächst erst bei der Frühkartoffelerzeugung spüren.

### Die Immunitätsfrage in Bayern.

München, 8. Juli. (W.B.) Das Plenum des Bayerischen Landtags lehnte einen kommunistischen Antrag auf Haftentlassung des Abg. Grönsfelder, gegen den ein Strafverfahren wegen Verbrechens gegen die Anordnungen des Generalstaatskommissars über die Auflösung der kommunistischen Partei eingeleitet ist, ab. ferner genehmigte der Landtag entgegen dem Ausschussbeschluss die Strafverfolgung des völkischen Abgeordneten Böchner wegen Hochverrats. In der Abstimmung stimmten auch die Sozialisten und Kommunisten entgegen ihrer Haltung im Ausschuss für die Strafverfolgung Böchners und gaben durch Zwischenrufe zu erkennen, daß das Verhalten der Deutschnationalen im Falle Grönsfelder sie dazu veranlaßt habe. Die Völkischen nahmen die Abstimmung mit Beifall auf, außerdem wurden die Anträge auf Einstellung des Dienststrafverfahrens gegen die völkischen Abg. Böchner und Streicher abgelehnt. Ferner wurde die Strafverfolgung des Abg. Blumtritt (Sozialist), dem der Vorwurf des Landesverrats gemacht wurde, genehmigt. Abg. Blumtritt hatte selbst um die Genehmigung zur Einleitung des Verfahrens gebeten, um sich rechtfertigen zu können. Hierauf wurde in die politische Aussprache eingetreten.

### Der neue Landtag in Anhalt.

Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. — Wahrscheinlich keine Beteiligung der Sozialdemokraten.

Desau, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Landtag für Anhalt trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz eines deutschnationalen Alterspräsidenten zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach der Eröffnungsansprache vertagte sich das Haus sofort, da unter den Parteien noch keine Einigung über die Bildung der neuen Regierung und die Wahl des Landtagspräsidenten erzielt worden war. Auch als die Sitzung eine Stunde später wieder aufgenommen wurde, lag noch kein Ergebnis der Besprechungen unter den Parteien vor, so daß Vertagung auf Mittwoch beschlossen wurde. Die Deutschnationalen haben die zwei Landtagsmitglieder und den einen Vertreter des Hausbesitzes aufgenommen und erheben nunmehr mit 9 Abgeordneten den Anspruch, als zweitstärkste Fraktion zu gelten. Ihr Bestreben geht natürlich dahin, unter ihrer Leitung eine Regierung zustande zu bringen. Die Sozialdemokratie wird sich voraussichtlich an der Regierung nicht beteiligen, so daß lediglich eine Interimregierung zustande kommen wird. Man rechnet bereits allgemein mit einer Auflösung des Landtages, um klare Mehrheitsverhältnisse, die jetzt nicht vorhanden sind, zu schaffen.

**Zoller noch in Haft.** Die Meldung von einer bereits erfolgten Haftentlassung Ernst Zollers trifft nicht zu. Die „Ordnungsgeselle“ Bayern beabsichtigt nicht, dem kranken Dichter auch nur einen Tag der über ihn verhängten Festungshaft von 5 Jahren zu erlassen. Sie wird Zoller vielmehr erst am 16. Juli aus der Haft entlassen. An diesem Tage läuft die fünfjährige Strafe ab.

### Der Unfall.

Von Hans Jacob.

Als der Hochbahnzug schon die meisten Fahrgäste aufgenommen hatte, geschah es, daß ein älterer, bescheiden gekleideter Mann als Lehner seinen linken Fuß auf die Kante des Wagens stellte. Seltsamerweise zog er den rechten Fuß nicht nach, sondern stand mit dem linken im Zug und mit dem rechten Fuß auf dem Bahnsteig, als der Zug anfuhr; so geriet er zwischen Bahnsteig und Zug. Da sich der Wagen, in den er hatte einsteigen wollen, am Ende des Zuges befand, kam er nach einem leichten Sturz mit einer geringfügigen Gehirnerschütterung davon.

Nach Wochen genesen, erzählte er dem Arzt die Ursache seines seltsamen Verhaltens, das den Unfall verschuldet hatte.

„Sie wissen selbst, daß es immer tut, fremde Gespräche mit anhören zu müssen; sie behandeln ich wie ein Insekten — aus irgendeiner Bemerkung schreit das Schicksal fremder Menschen. Als ich am Tage meines Unfalles, eingetaucht in die Menge, den heranbrausenden Zug erwartete, war mir Aufmerksamkeit aus dem klagenden Gepräch der Mitwärtenden so quälend um alle Gedanken gelegt, daß mein Kopf schmerzte.“

Gerade als der Zug einfuhr, fiel mein Blick auf die Zeitung eines neben mir stehenden Herren. „Amundsen will mit Polarhunden...“, mehr las ich nicht. In diesem Augenblick hatte der Wind des in die Halle brausenden Zuges die Zeitung umgebläht; der Zug stand, alles drängte sich in die Eingänge; ich trat zurück; nach wenigen Sekunden mußte ich in den Wagen treten: in einem Bruchteil der letzten Sekunde fielen alle Quasten von mir, die vorher die Einengung zwischen Fremde verursacht hatte. Da ich fast mechanisch den einen Fuß auf die Kante des Wagens gesetzt hatte, bräusete eine Symphonie von Vorstellungen durch mein Gehirn: Polarhunde! — In Kalifornien sitzen die Leute im Winter auf der Veranda und essen Ananas; in Japan summen seltsame Instrumente, die Kirischäume blähen und Geißeln tanzen; in China wird auf offenem Markte einem Tötungsmörder der Kopf abgeschlagen; in Shanghai potern englische Gentleman im Klub; auf Java wirft ein fremder Gefandter mit Speeren nach Lontauben; in Heliopolis stürzen zehn goldbetehrte Kamassen aus dem Palast-Hotel ins Portal, um einen amerikanischen Milliardär zu begrüßen; in Rußland togen Gerichte, die Todesstrafen verhängen; in Rom duften alle Straßen nach Rosen, denn auf dem Monte Pincio blähen die Gärten.

Das Bewußtsein, daß in dieser Stunde noch, da ich gebunden an Zeit und Raum, erschüttert vom Donnern des in die Halle rasenden Zuges, in allen Ländern von unzähligen Menschen der gleiche Bruchteil von Zeit zu schönem und häßlichem Erleben vollbracht wurde, dieses Bewußtsein hob im gleichen Augenblick mein Lebensgefühl, das sich unter dem sanften Winde dieser Erkenntnis blähte wie ein Segel vor dem Sturm. Verabschiedet von diesem Trost: aus der Quäl-

der Alltäglichkeit gerissen zu werden, verlor ich durch ein Bild meiner Vorstellungskraft das Bewußtsein — und erwachte erst zwischen den Rissen meines Krankenzimmers.“

### Das Klischee.

Wenige Wochen vor Kriegsausbruch — so ziemlich genau vor zehn Jahren — hielt der damalige Reichstagsabgeordnete, Genosse Hermann Wendel, im Ballot-Haus eine Rede, die deshalb großes Aufsehen erregte, weil sie die Hoffnung der deutschen Arbeiterschaft auf eine baldige Wollendung der deutsch-französischen Annäherung mit den Schlussworten zum Ausdruck brachte: «Vive la France!» So während Wendel dieserhalb von den hier zum Krieg treibenden Altschulischen angegriffen wurde, so starken und sympathischen Widerhall erweckte seine Kundgebung in der französischen Demokratie. Auf Wunsch von Jaurès schrieb Wendel damals einen Artikel für die „Humanité“, in dem er die Gefühle und Gedanken des näheren entwickelte, die ihn zu seiner lähnen Rede veranlaßt hatten. Der Artikel erschien im sozialistischen Blatt mit einem Bilde seines Verfassers.

Zehn Jahre sind seitdem verstrichen, wobei unter vielen anderen Veränderungen die „Humanité“ kommunistisch wurde. Da brachte dieser Tage das Pariser Volkswortblatt einen Artikel gegen das Comité des Forges, der hauptsächlich gegen die lothringischen Schwerindustriellen Gebrüder de Wendel gerichtet war. Um diesem Artikel nach französischer Sitte eine größere Lebendigkeit zu verleihen, wurde er mit dem Bilde des Seniors der Firma Humbert de Wendel versehen. Über siehe da: es war das Bild unseres Genossen Hermann Wendel, der dafür herhalten mußte! Kommunistische Redakteure nehmen es eben nicht so genau: Man findet in der Klischeesammlung des annektierten Jaurès-Blattes ein Bild mit dem Namen Wendel, das seit zehn Jahren unbenutzt dogeliegen hat, und steck es in die Zeitung, ohne sich viel Gedanken darüber zu machen. Denn wer unter den Lesern der „Humanité“ mag wissen, wie der französische Stimmes ausfiehet, wer mag sich daran erinnern, daß dieses Klischee vor zehn Jahren in einem ganz anderen Zusammenhang als Abbildung eines deutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erschienen ist!

In Berlin blüht eine Zeitung, die von lauter eigenen Drohberichten aus allen fünf Weltteilen und von lauter eigenen Zeichnungen froht und auf diesem Gebiete jede Konkurrenz zu schlagen befreit ist. Es fragt sich nur, mit welchen Mitteln: erst vor kurzem stellte ein englisches Blatt fest, daß eine humoristische Zeichnungsreihe, die in diesem Berliner Blatt als eigenes Erzeugnis erschienen war, ein freches und plummes Plagiat war.

In seiner Ausgabe vom 7. Juli wollte nun das „S. U. H.“ „Abendblatt“ wieder einmal mit seinen vorzüglichen eigenen Zeichnungen renommieren, und es brachte aus der Feder eines Künstlers namens Sobal auf der ersten Seite ein Bild: „Der Mann hinter den Partier Russen“. Humbert de Wendel, der Führer der französischen Schwerindustriellen.

Wieber war dieses Bild nicht nur ein Diebstahl, sondern auch

ein Reinfall. Es war nämlich aus der „Humanité“ kopiert und stellte wiederum unseren Genossen Hermann Wendel dar, der sich wohl in den nächsten Tagen vor Pumpschriften ebenso schwer wird retten können, wie der Gewinner des Millionenlooses bei der Preussischen Klassenlotterie.

Und die kommunistische Moral von der Beschäftigung? Die deutsche Sozialdemokratie im Dienst der französischen Schwerindustrie!

### Der Staat der Wolgadeutschen.

Die Autonome Republik der Wolgadeutschen wurde am Anfang dieses Jahres in Potrowsk anlässlich des Kongresses der Wolgadeutschen Arbeitskommune proklamiert und wurde vom Zentralerekutivkomitee als föderativer Teil der R.S.F.S.R. anerkannt. Da diese Neubildung im Osteuropa, fern von Deutschlands Grenzen, ein deutsches Staatswesen darstellt, sind die Daten, welche die „Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde“ anführt, von allgemeinem Interesse.

Die Anfänge des Wolgadeutschen Staates gehen auf 1918 zurück. Als die tschechoslowakischen Legionen die Gegend der mittleren Wolga räumten, wurde, als erster Versuch der neuen Nationalitätenpolitik, das autonome Gebiet der Wolgadeutschen gebildet. Aus den Gouvernements Saratow und Samara sonderte man die deutschen Kolonien ab und setzte sie unter dem von ihrem Kongress gewählten Gebietskomitee zusammen. Das Kartenbild des Gebietes erinnerte an die deutschen Kleinstaaten. Russische Sprachinseln inmitten der deutschen Kommune, die weiter zum Gouvernment Saratow gehörten usw., zeigten zwar einen radikalen Versuch zur Lösung des Nationalitätenproblems, erwiesen sich aber als Hemmnisse der Verwaltung und Wirtschaftsentwicklung.

Darum wurden im Juli 1922 die rein ethnographisch gewählten Grenzen ausgegeben und das Gebiet von 20 000 auf 28 000 Quadratkilometer vergrößert. Die Verschiebung in der nationalen Zusammensetzung war nicht unwesentlich. Von den Ende 1922 geschätzten 541 000 Einwohnern waren nur 67,4 Proz. Deutsche, gegenüber 21,3 Proz. Russen und 9,7 Proz. Ukrainer. Durch die Gleichstellung aller drei Sprachen als offizielle und durch die Unterteilung des Gebietes in 14 Kantone auf nationaler Grundlage (11 deutsche und 3 russische Kantone) wurde die Nationalitätenfrage neuerdings endgültig geregelt. Eine Folge der Neuorganisation dieses Gebietes war, daß statt Marxstadt (früher Zetalerinstadt) das viel größere Potrowsk an der Wolga, Saratow gegenüberliegend, zum Verwaltungszentrum gemacht wurde. Diese ist als Ausgangspunkt der Bahn nach Orenburg und Astrachan, als Getreidemarkt und Umladestelle, auch der wirtschaftliche Mittelpunkt des Landes. Neben Potrowsk und Marxstadt hat noch Golsk Karanisch mit seiner Textilindustrie Bedeutung. Die Landwirtschaft hat sich bereits von den Verwüstungen des Jahres 1921 erholt. Damals wurden durch die Dürre 72 Proz. der damals bebauten Fläche zerstört. Dank der in- und ausländischen Hilfe und vor allem des Umstandes, daß das Kolonistenland inmitten der fruchtbarsten Tschernomem-Steppe liegt, ist der Wiederaufbau sehr weit fortgeschritten. Ein kultureller Aufschwung geht damit parallel. Jetzt wird in fast 400 Schulen, davon zahlreichen Mittelschulen unterrichtet.

E. P.

## Deutsch-französische Kundgebung in Mainz.

Mainz, 8. Juli. (WZB.) Am kommenden Sonntag findet eine von der Internationalen Liga für Menschenrechte einberufene deutsch-französische Friedenskundgebung in Mainz statt. Als Redner haben zugesagt Ferdinand Bouisson, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Grumbach, Redakteur des „Quotidien“, sowie Professor Dr. Strecker-Jena und Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid-Berlin. Dem Aufruf zu dieser Kundgebung haben sich angeschlossen die Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die unter den Zivilisanzosen in Mainz, Wiesbaden und Koblenz bestehenden Ortsgruppen der französischen Liga für Menschenrechte.

## Sozialhygiene und Wohlfahrtspflege.

### Sozialdemokratische Anträge im Landtag.

Der Hauptausschuß des Landtages beriet am Montag und Dienstag den Etat des Wohlfahrtsministeriums. Die sozialdemokratischen Vertreter forderten die Finanzierung von 120 000 Kleinwohnungen pro Jahr zur Behebung der Wohnungsnot, fanden aber mit ihrem Vorschlag bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe. Die Wohnungsbaubudgets 1924, deren Finanzierung hauptsächlich aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer erfolgt, ist bisher noch gar nicht in Gang gekommen. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte deshalb, im Vorgehritt auf das Aufkommen aus der Hauszinssteuer 50 Millionen Goldmark als Baukredit den Kreisen, Gemeinden und gemeinnützigen Wohnungsbaunternahmen zur Verfügung zu stellen. Umsonst, der Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag der Forderung auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der den Bauarbeiterchutz für Preußen gesetzlich regeln und den Abbau dieses Schutzes verhindern soll.

Dies umstritten war das Kapitel der Jugendwohlfahrt. Hier wünschten unsere Genossen einen Verteilungsplan über die für die Jugendwohlfahrt (Jugendpflege) ausgeworfenen Mittel. Die Verteilung der Mittel erfolgt, einer sozialdemokratischen Forderung zufolge, nach Anhörung der örtlichen Jugendämter. Die Verteilung durch diese örtlichen Jugendämter, wie sie unsere Genossen zuerst verlangten, wurde abgelehnt. Ebenso wurde abgelehnt ein sozialdemokratischer Antrag, daß nach dem § 2 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes die Jugendpflege ein Teil der Jugendwohlfahrt sei und den Jugendwohlfahrtsbehörden unterstellt werden soll, besonders Ausschüsse mit besonderen Mitteln dagegen nicht gebildet werden dürfen.

Durchdrücken konnten die sozialdemokratischen Vertreter einen Antrag, nach dem alle Fürsorgezöglinge, besonders auch die weiblichen, eine Berufsausbildung nach den Grundfahen der Berufsberatung erhalten. Die Prügfstraße in den Fürsorgeanstalten bleibt zunächst bestehen. Der Hauptausschuß verhält sich leider auch ablehnend gegenüber einem wichtigen sozialdemokratischen Antrag, der forderte, daß den Fürsorgezöglingen neben der Anstaltsvormundschaft eine Gegenvormundschaft gestellt wird.

Eine Verstärkung der Mittel für die Fürsorgeaufgaben für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, wie sie die Sozialdemokraten forderten, wurde abgelehnt. Ebenso wurde abgelehnt die Sozialisierung der ärztlichen Heilaktivität, ferner die Forderung, daß bei Eingehen einer Ehe ein ärztliches Gesundheitsattest den Standesamtsprotokollen beigefügt werden soll. Angenommen werden die sozialdemokratischen Anträge auf Vorlegung eines Irrengesetzes und eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung der Beiträge zur Förderung der Schulzahnpflege auf 100 000 Mark wird abgelehnt. Angenommen wird die sozialdemokratische Forderung auf stärkere Prüfung der Zahnkünstler und auf Zulassung von nur geprüften Zahnkünstlern zu den Krankentafeln.

Für den sozialdemokratischen Vorschlag auf Schaffung von Sexualberatungsstellen konnte sich die bürgerliche Mehrheit des Hauptausschusses nicht erwärmen.

Der Kleinstenrat des Reichstags ist auf Donnerstag, den 10. Juli, nachm. 5 Uhr, einberufen worden. Gegenstand seiner Verhandlungen soll die Beschwerde der kommunistischen Fraktion über die Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten der Fraktion im Reichstag sein.

**Cheverbote für junge Mediziner.** Nach einem Beschluß des Professorenkollegiums der tschechischen medizinischen Fakultät in Prag hat jeder Assistent vor seiner Ernennung dem Vorstand der Klinik einen Kevers auszustellen, daß er in absehbarer Zeit nicht in den Ehestand tritt. Die junge Verzeigungeneration steht in diesem Beschluß der medizinischen Fakultät eine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Sie hat von der Leitung der Klinik in energischer Weise eine Aufhebung dieses Cheverbotes verlangt.

**Wettkampf zwischen Rechner und Rechenmaschine.** Ein neuerartiger Wettbewerb fand kürzlich in Paris statt. Es handelte sich um den berühmten italienischen Rechenkünstler Inaudi, der seit zwanzig Jahren durch seine Rechenkünste die Besucher seiner Vorstellungen in Staunen und Bewunderung versetzte. Denn Inaudi löst in einem Augenblick die verwickeltesten mathematischen Aufgaben. Seit über die Rechenmaschinen erfunden wurden, war er mit seinen Künsten in den Hintergrund getreten, eine Vernachlässigung, für die er jetzt glänzende Rache genommen hat. Professor Maurice d'Noagne von der Pariser Technischen Hochschule war es, der die Anregung zu einem Wettbewerb zwischen Inaudi und den Rechenmaschinen gab, ein Kampf, der kürzlich in Paris zum Austrag gebracht wurde. Inaudi stand einem Duzend der besten Rechenmaschinen gegenüber. Bei den ersten Uebungen, die sich auf die Grundspezial des Rechnens: Addition, Subtraktion, Multiplikation und Division bezogen, behauptete Inaudi mühelos den Vorrang. Als es dann an das Ausrechnen von Quadraten und Kubikwurzeln ging, verlor er etwas an Boden, den er aber in der Schlussrunde, als es sich darum handelte, komplizierte Probleme der Mathematik zu lösen, rasch wieder einholte. Die Maschinen schwiegen hier, und das menschliche Hirn konnte leicht über sie triumphieren.

**Die Telephonnummer als Telegrammadresse.** Die italienische Postverwaltung hat beschloffen, von jetzt ab für ganz Italien als Telegrammadresse Name und Telephonnummer der einzelnen Telephonleitnehmer zu verwenden. Die erste Idee zu dieser praktischen Handhabung ist von dem Subdirektor Impresario Charles Müller vor 10 Jahren ausgegangen. Dieser, der durch seine langjährige Impresariatstätigkeit sich ein großes Vermögen erspart hatte, hat im Laufe von wenigen Monaten sein gesamtes Vermögen in Reklamen für seine Idee, statt der kostspieligen Telegrammadresse bloß die Telephonnummer anzugeben, verpulvert. Er ließ sich diese Idee patentieren und wollte dann ein Universaltelophonadreibbuch herausgeben, das aber niemals erschienen ist, da ihm zuvor das Geld ausging. Er ist vor wenigen Jahren in Armut gestorben.

**Das Große Schauspielhaus** beendet seine diesjährige Spielszeit am 15. Juli; es bleibt bis zum 20. August geschlossen. Vom 21. August an dient das Theater für die Uraufführung des biblischen Stücks „Die zehn Gebote“. Die Premiere der neuen großen Revue ist für Anfang Oktober festgesetzt. 1925 wird das Große Schauspielhaus die Pflege der Operette wieder aufnehmen.

**Dr. Franz Boll,** der ordentliche Professor für Klassische Philologie an der Universität Göttingen, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. In breiter Bekanntheit bekannt geworden sind seine Versuche einer modernen platonischen Akademie. Er hat mit Studenten und älteren Schülern Ferienreisen in den Schwarzwald unternommen und dort mit ihnen Visto gehalten. Seine Schriften über altgriechische und astronomische Probleme der Antike sind auch im Ausland bekannt.

# Der Weg zum Frieden.

## Breitscheid über die deutsch-französische Verständigung.

Die Berliner Funktionäre hatten sich gestern versammelt, um ein Referat des kürzlich aus Frankreich zurückgekehrten Genossen Breitscheid über die deutsch-französische Verständigung entgegenzunehmen.

Ueber die deutsch-französische Verständigung, so führte er aus, ist schon viel gesprochen worden. Wir Sozialdemokraten, die wir den Standpunkt vertreten, daß sich alle Völker verständigen sollen, reden darum von der deutsch-französischen Verständigung, weil das Wort Vassalles noch heute gilt, das er 1859 verkündete: „Von dem guten Einverständnis der Deutschen und der Franzosen hängt alle demokratische, alle kulturelle Entwicklung ab. Sie ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie.“ Wir verstehen den Sinn dieses Ausspruches und die Notwendigkeit der deutsch-französischen Verständigung wesentlich besser als Vassalles Zeitgenossen um 1859.

### Die Elsch-Lothringische Frage

hat Jahrzehnte zwischen Deutschland und Frankreich gestanden. Es mag richtig sein, daß das Elsch nach seiner Abstammung deutsch sei. Doch dürfen wir nicht vergessen, daß dieses Volk in seiner Mehrheit dem französischen Staat verbunden sein wollte. Wir dürfen hierbei nie vergessen, daß deutsche Fürsten es waren, die die Auslieferung des Elsch an Ludwig XVI. förderten und daß zu diesen deutschen Fürsten auch jener Kurfürst gehörte, den man in den Geschichtsbüchern den „Großen“ nennt. Andererseits ist aber dieses elschische Volk der größte Freund der deutsch-französischen Verständigung. Das ist begreiflich. Die deutsche Staatskunst hat es meißerhaft verstanden, das Verwachsen der elschischen Bevölkerung zu verhindern. (Zustimmung.) Und wenn es Stimmen im Elsch gab, die meinten, es müßte das Zusammenwachsen mit Deutschland möglich sein, so hat ein Jahr vor dem Kriege die Zabernaffäre diese aufkeimende Stimmung endgültig unterdrückt. Hinzu kam die maßlose Unterdrückung der Elschler während des Krieges.

Es ist zu bedauern, daß in Elsch-Lothringen keine Volksabstimmung stattgefunden hat, die der Bevölkerung die Möglichkeit gab, ihre Staatszugehörigkeit selbst zu wählen.

Bismarck war begeisterter Republikaner, soweit Frankreich in Frage kam. Er glaubt, daß eine Republik immer innerlich und äußerlich stärker und daß eine Republik in Europa nicht bündnisfähig sein werde und daß insbesondere dadurch ein Bündnis Frankreichs mit Rußland verhindert würde, das Frankreich zur Wiedererlangung Elsch-Lothringens verhelfen könnte. Diese Voraussetzungen Bismarcks hat der Weltkrieg zerstört, der gezeigt hatte, daß die Republik democh mit dem Zaren zu einer Verständigung kam.

Alle Versuche, die Sozialisten haben und drüben, dort insbesondere der unvergeßliche Jean Jaurés, unternommen, zwischen beiden Ländern Verständigung herbeizuführen, sind fehlschlagen. In den Schulen wurde der Jugend als Grundfah beigebracht, daß ein Land der Erbfeind des anderen sei. So wurde jene Stimmung verbreitet, die den Kriegsherrn in beiden Ländern genehm war.

Alle Versuche, die Sozialisten haben und drüben, dort insbesondere der unvergeßliche Jean Jaurés, unternommen, zwischen beiden Ländern Verständigung herbeizuführen, sind fehlschlagen. In den Schulen wurde der Jugend als Grundfah beigebracht, daß ein Land der Erbfeind des anderen sei. So wurde jene Stimmung verbreitet, die den Kriegsherrn in beiden Ländern genehm war.

Es erübrigt sich, jetzt über die Kriegsschuld zu reden. Wir wissen, daß Deutschland nicht allein schuldig am Kriege ist, aber wir wissen auch, daß die damaligen deutschen Nachhaber ein gerüttelt Maß von Schuld hatten. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat vergessen, daß vor 10 Jahren der deutsche Botschafter in Paris nicht nur die Neutralität Frankreichs verlangte, sondern auch zur Sicherung dieser Neutralität die Befreiung der Festungen Toul und Verdun durch deutsche Truppen forderte. Das war für Frankreich natürlich unannehmbar. Während des Krieges wurde Frankreich bekanntlich nicht als Hauptgegner betrachtet, sondern vielmehr England. Dieselben Leute, die heute alles Heil von England erhoffen, gingen damals mit dem Gebet: „Gott strafe England“ zu Bett. Im Rheinland waren tiefe Sympathien für Frankreich vorhanden. Die französische Befreiung hat es verstanden, diese Sympathien zu zerstören.

Wer wünscht, daß das Rheinland treu zu Deutschland halten soll, der muß für freieitliche, wahrhaft demokratische Politik in Deutschland eintreten. (Zustimmung.)

Als Poincaré am Ruder war, hat er so ziemlich alle Brücken abgebrochen, die zwischen beiden Ländern zu einer Verständigung führen konnten. Er trieb eine Politik voller Fehler, voller Irrtümer, ja wir können sogar voller Verbrechen. Trotzdem müssen wir zu verstehen versuchen. Man muß begreifen, daß die zerstörten Gebiete vor den Toren von Paris lagen. Man mag den Franzosen immer wieder sagen: die große Masse des deutschen Volkes will keinen Krieg. Immer wird auf die deutschen Tage, auf all den nationallistischen Nummern hingewiesen. Es ist sehr schwer, gegen diese Auffassung anzukämpfen. Es ist sehr schwer, diese Auffassung einem Volke von 40 Millionen beizubringen, das in ständiger Furcht vor einem Volke von 60 Millionen lebt, dessen Geschichtsbücher immer den Kampf gegen Frankreich lehrten. Frankreich hat immer darüber nach, wie es sich sichern könne. Es weiß, daß es nur mit Hilfe der anderen gesiegt hätte und es weiß nicht, ob es die anderen wieder unterstützen werden. Poincaré gab das Rezept der Sicherung. Wir haben in Deutschland immer nur die Meinung der französischen Kammer und der Boulevardpresse vernommen. Das andere Frankreich, das auf Verständigung mit wachsendem Einfluß hinarbeitete, hat man in Deutschland zunächst nicht vernommen und darum waren fast alle überrocht, daß die Erfolge der Linken so große waren, trotz dem sie noch reaktionären Wahlen in Deutschland stattfanden.

Die große Masse in Frankreich hatte erkannt, daß die Politik Poincarés die Gefahr vergrößerte, sie erkannte, daß die Internationale des Hasses, die Internationale der Nationalisten durch diese Politik gefördert wurde.

Poincaré war zum Geben genötigt. In der ersten Begeisterung glaubten die neuen Sieger vieles mit einem Male zu erreichen. Sie zwangen Millerand zum Geben, weil er sich über die verfassungsmäßigen Grenzen hinausgewagt hat. Es folgten Schläppen: Statt Poincaré wird Doumergue zum Präsidenten gewählt, der zwar kein ausgeprägter Linksmann, aber ein überzeugter Republikaner ist. Die Sozialisten verzichteten auf einen Eintritt in die Regierung. Es wurde ein radikalsozialistisches Kabinett mit Unterstützung der Sozialisten gebildet. Wir haben nach dieser Richtung einige Erfahrung. (Heiterkeit.) Wir wissen, daß es schwer ist, zu regieren, wir wissen aber auch, daß es noch schwerer ist, außerhalb der Regierung die Regierung zu stützen. Die französischen Genossen werden bald genug auch ihre Erfahrungen machen, sie haben sie schon gemacht.

Herriot war von vornherein entschlossen, mit der Politik Poincarés zu brechen. Annahme des Sachverständigenrats und die daraus erwachsenden Pflichten kennzeichnet seine Politik. Ein großer Teil der ausgewiesenen Ruhrbevölkerung ist zurückgekehrt. Unseren Nationalisten ist das sehr unangenehm.

Die Nationalisten tun so, als ob nichts geschehen sei. Die Herren sehen ihre Felle wegschwimmen. Dieser Gesellschaft ist Rhein und Ruhr gar nichts weiter als Mittel für ihre Parteipolitik. Wenn auf legend jemanden das Wort von den vaterlandlosen Gesellen paßt, so auf diese Gesellschaft, die das Land tagaus, tagein verraten. (Lebhafte Beifall.)

Wer behauptet, daß Herriot nichts anderes ist als Poincaré, der kennt ihn nicht oder er sagt bewußt die Unwahrheit. Herriot ist der ehrlichste und offenste Politiker, dessen höchstes Ziel es ist, Frieden in Europa zu schaffen. Aber das geht nicht an einem Loge, auch er hat die Verhältnisse zu berücksichtigen. Bis

jetzt sind die Befehle, die das Sachverständigenratsgutachten erfordert, noch nicht in Deutschland gefaßt, und man kann von dem französischen Ministerpräsidenten nicht erwarten, daß er Sicherungen aus der Hand gibt, bevor Deutschland alles zur Durchführung des Sachverständigenratsgutachtens getan hat. Vergessen wir nicht die Widerstände: den Senat, der wohl links von Poincaré, aber rechts von Herriot steht, und dann die alten Beamten... (Heiterkeit.) Vergessen wir nicht die alte Diplomatie. Herriot wird erkennen, daß es nicht genügt, die obersten Spitzen der Regierung zu besetzen, um einen anderen Kurs zu steuern. Das zeigt auch der sogenannte Zwischenfall zwischen England und Frankreich anlässlich der Einladung zur Londoner Konferenz. Dann ist zu bedenken, daß die Mehrheit, auf die sich Herriot stützt, sehr unsicher ist, und es klingt seltsam, wenn man erklärt, daß die einzige Partei, auf die er sich wirklich stützen kann, die Sozialisten sind, die nicht in der Regierung sind. Keine Gefahr aber ist für Herriot so groß wie die, daß der deutsche Nationalismus siegen könnte.

Beugt sich die deutsche Regierung vor der Reaktion, so ist die Regierung Herriots ernsthaft gefährdet.

Um der Demokratie in Frankreich Bestand zu geben, müssen wir für den Bestand der Demokratie in Deutschland sorgen. Die Gefahr ist schon dann sehr groß, wenn es den Deutschen nationalen gelänge, in die Regierung einzutreten. Wenn die Deutschen nationalen für die Befehle zur Ausführung des Sachverständigenratsgutachtens stimmen, ist es möglich, daß sie in die Regierung eintreten. Das ist eine zweifache Gefahr, denn außenpolitisch traut ihnen keiner, und innenpolitisch würde die große Masse des Volkes die Kosten zu tragen haben. Wir haben alles zu tun, um die Beteiligung der Deutschen nationalen an der Regierung zu verhindern. Es ist unsere Aufgabe, die Frage des Achtstundentages in irgendeiner Weise mit der Annahme des Sachverständigenratsgutachtens zu verbinden. Die Zeit drängt. Wir dürfen die Frage des Achtstundentages nicht treiben lassen. Dann aber haben wir alles zu tun, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erreichen. Wir sind nicht am Ziel, aber wir sind unendlich viel weiter, als wir vor einem halben Jahre auf dem Gebiete der internationalen Verständigung waren. Wer das bestreitet, bekundet damit, daß ihm die Verständigung unangenehm ist, und daß er nicht anerkennen mag, daß die Politik der Sozialdemokratie diese Lage mit herbeigeführt hat.

Wie soll ich, mir zuschreiben, daß ich Kollet zum Kriegsminister empfohlen hätte. Ich habe mit Herriot gesprochen als ein Privatmann und er hat mich angehört als Freund, als Mensch. Was wir gesprochen haben, kann jeder wissen, denn wir haben die Ruhefrage und den Rücktransport der Gefangenen und Ausgewiesenen behandelt. (Beifall.)

Aber alles, was ein Sozialdemokrat für sein Volk tut, erregt die Nationalisten. Genossen, trotz alledem dürfen wir nicht aufhören an der Verständigung zu arbeiten. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Werk, das des Schweiges der Götter wert ist, sie ist ein Ziel, für das wir Opfer bringen können und Opfer bringen müssen, denn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist eine der Voraussetzungen dafür, daß auch bei uns die Republik gestärkt wird und daß damit der Boden geschaffen wird, auf dem wir schließlich zum Sozialismus gelangen können. (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

Einstimmig wurde beschloffen, auf eine Aussprache zu verzichten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Anrad durch Erheben von den Plätzen und begrüßte es mit lebhaftem Beifall, daß der aus dem Zuchthaus befreite Dichter Ernst Lohmer seinen Wohnsitz in Berlin nehmen wird.

## Sozialpolitik und Wirtschaftslage.

Im Reichstagsausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten fand am Dienstag die allgemeine Besprechung der Anträge statt, die eine sofortige Erhöhung der Renten und Unterstützungen bezwecken. Alle Parteien wiederholten die schon im Plenum abgegebene Erklärung, daß trotz aller Not der Zeit die Sozialpolitik des Reiches weitergeführt werden muß. Abg. Dr. Waldenhauer (Dp.) warf aber die Frage auf, ob die wirtschaftliche Last unserer sozialpolitischen Leistungen noch weiter verstärkt werden könne. Die Kräfte unserer Wirtschaft seien gegenwärtig aufs Äußerste geschwächt. Damit müsse auch die Sozialpolitik rechnen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wendeten sich entschieden gegen diese Auffassung, die die Ausgaben für die Sozialpolitik als eine tote Last für die Wirtschaft betrachtet. In Wahrheit sind die sozialpolitischen Aufwendungen, um die es sich hier handelt, das unerlässliche Mittel zur Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft; sie stützen unsere Wirtschaft, und der Aufbau unserer Wirtschaft ist ohne genügende sozialpolitische Leistungen undenkbar. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und der Ministerialdirektor Grießer schloffen sich im wesentlichen den Ausführungen Waldenhauers an. Gerade unsere gegenwärtige Zeit erfordere weitgehende sozialpolitische Leistungen, aber die ungünstigen Verhältnisse unserer Wirtschaft müßten hemmend wirken. Die Deutschen nationalen, insbesondere der Abg. Leopold, schilderten die unendlich schwierige Lage der Großkapitalisten, die sich kaum über Wasser halten können. Sie sehen keine Möglichkeit, gegenwärtig unsere sozialpolitischen Leistungen zu erhöhen. Der nationalsozialistische Redner verlangte, daß die sozialpolitischen Leistungen weitgehend erhöht werden. In demselben Maße müssen dann die Leistungen an die feindlichen Regierungen verringert werden. Die Kommunisten schloffen sich dem an. Durch Zuschüsse aus der Reichskasse müßten die sozialpolitischen Leistungen bis zum Betrage des notwendigen Lebensunterhaltes erhöht werden. Wie diese Ausgaben aus der Reichskasse gedeckt werden, darüber sich Sorge zu machen, hätten sie keine Veranlassung; das wäre die Aufgabe der anderen Parteien.

Mittwoch berät der Ausschuß die Anträge auf Erhöhung der Renten.

## Tschechisch-italienischer Vertrag.

Prag, 8. Juli. (WZB.) Heute wurde der italienisch-tschechoslowakische politische Vertrag veröffentlicht. Er besagt:

1. Die Parteien werden sich über die zur Sicherung der gemeinsamen Interessen geeigneten Maßnahmen verständigen für den Fall, daß sie übereinstimmend anerkennen, daß sie bedroht sind oder bedroht werden können.

2. Die Parteien verpflichten sich gegenseitig zur wechselseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit zu dem Zweck, daß die bei den in St. Germain, Trianon und Neuilly abgeschlossenen Friedensverträgen gegründete Achtung erhalten bleibe sowie daß die Achtung vor den in den genannten Verträgen enthaltenen Verpflichtungen und ihre Durchführung gesichert werde.

Zu Punkt 3 und 4 wird die Vertragsdauer auf 5 Jahre, die Kündigungfrist auf 1 Jahr festgesetzt und bestimmt, daß der Vertrag dem Völkerbund zu unterbreiten ist.

# Gewerkschaftsbewegung

## Soll sich Deutschland isolieren?

Die Erklärungen des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, die wir in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, dürften mindestens über einen Punkt eine zweifelsfreie Klarheit geschaffen haben: in der Frage der internationalen Bindungen. Wir haben vom ersten Tage an gegen die Unterstellung, als wüsste man in dieser Frage eine internationale Kontrolle über Deutschland zu schaffen, auf die ganz klaren Erklärungen hingewiesen, daß es sich nicht um eine einseitige, sondern um eine allseitige und gegenseitige Bindung handelt.

Nun hat der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes auf die Tatsache hingewiesen, daß Frankreich, England und Belgien sich in der Frage des Achtstundentags miteinander verständigt haben: sie sind bereit, das Abkommen von Washington zu ratifizieren. Aus den Erklärungen des Genossen Albert Thomas geht weiter hervor, daß diese drei wichtigen Industrieländer, die die wesentlichen industriellen Konkurrenzländer Deutschlands sind, es begrüßen würden, wenn sich auch Deutschland dieser Verständigung der europäischen Industrieländer anschließen würde.

Diese Frage überschreitet die alleinige Entscheidung des Reichsarbeitsministers. Wir halten es im übrigen für ganz ausgeschlossen, daß sie mit Nein beantwortet wird. Beantwortet muß sie jedenfalls werden.

Von gewissen Unternehmerkreisen, denen der Reichsarbeitsminister zum Schaden des Ansehens des Deutschen Reichs sekundiert, bemühen sich, die Frage der Ratifizierung des Abkommens von Washington so darzustellen, als handle es sich um ein neues Attentat der Alliierten auf die Souveränität Deutschlands. Nun kann man aber gerade dem Internationalen Arbeitsamt nicht zum Vorwurf machen, daß es irgendwie Deutschland zu isolieren versucht oder minderen Rechts erklärt hätte. Das Internationale Arbeitsamt ist eine — in gewissem Umfange allerdings unabhängige — Abteilung des Völkerbunds. Obwohl Deutschland dem Völkerbund nicht angehört, ist es von vornherein auf Beschluß der ersten Arbeitskonferenz als ein in jeder Beziehung vollberechtigtes Mitglied zum Internationalen Arbeitsamt zugelassen worden. Es hat wie Frankreich, England und Italien drei Vertreter im Verwaltungsrat. Wenn die Sprachenfrage noch nicht zur vollen Befriedigung zugunsten Deutschlands erledigt ist, dann liegt das zum guten Teil an der Tatsache, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt in kräftiger Weise vernachlässigt hat. Man kann schwer sein Recht geltend machen, wenn man nicht seine Pflichten erfüllt.

Wie reimen sich aber diese Tatsachen zu den Klagen, daß Deutschland immer noch als minderere Rechts behandelt wird? Seit Jahren bemüht sich die Reichsregierung, Deutschland aus der Schonbrödelrolle herauszuheben. Hier hatten wir eine glänzende Gelegenheit, die Führung zu übernehmen und die Sympathien der Arbeiterschaft der ganzen Welt zu gewinnen. Diese Gelegenheit haben wir verpaßt.

Nun wenden sich die Regierenden Englands, Frankreichs und Belgiens fragenden Blicks an Deutschland. An anderer Stelle veröffentlichen wir ein Interdium des Genossen Bran-Flüg in der gleichen Frage. Werden wir auch diese Gelegenheit, als gleichberechtigter Kontrahent in das internationale Kräftefeld einzutreten, verpassen? Will man allen Feinden Deutschlands die unerhoffte Gelegenheit geben, in der Frage der Sozialpolitik, in der selbst das kaiserliche Deutschland wendend zu wirken verstand, gegen Deutschland als den Friedensförderer zu gehen? Soll sich Deutschland von aller Welt isolieren? Auf diese Frage wird die Reichsregierung eine klare Antwort geben müssen.

## Sozialpolitische Reaktion.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums schließt mit einem Zuschuß von rund 441 Millionen, derselbe des allgemeinen Pensionsfonds, der im wesentlichen die Renten der Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen erfasst, nach Abzug der Pensionen für die Zivilbeamten, mit einem Zuschuß von ungefähr 850 Millionen ab. Zusammen sind es rund 1,3 Milliarden Mark. Es wird auch diesmal nicht an Zuschüssen fehlen, die diese Summe gegen die Sozialpolitik auspielen.

Betrachtet man die Dinge aber nüchtern, so zeigt sich, daß der Haushalt eher zu eng bemessen ist, wenn den sozialpolitischen Notwendigkeiten genügt werden soll. Im Vergleich mit dem Vorjahre ergibt sich insgesamt eine Verminderung der Ausgaben um schätzungsweise 300 Millionen Goldmark. Sie beruht einmal auf der dritten Steuernotverordnung, die umfangreiche Gebiete der Wohlfahrtspflege den Ländern übertragen hat, und ferner auf der durch die Fürsorgepflichtverordnung geschaffenen Sachlage. Es fehlen jetzt die bisherigen Reichszuschüsse für die Kleinrentnerfürsorge, die Zuschüsse für Empfänger von Renten aus der Sozialversicherung und die Kosten der sozialen Kriegsschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge.

Auch der Personaletat des Reichsarbeitsministeriums wird sehr erhebliche Einschränkungen bringen. An Beamten und Angestellten sind im Bereich des Reichsarbeitsministeriums und seiner nachgeordneten Behörden rund 50 Proz. abgebaut. Die Zahl der Hauptverwaltungsämter ist von 25 auf 14, die Zahl der Versorgungswörter von 312 auf 112 herabgesetzt. An die Stelle der ehemaligen Vazarette sind Untersuchungsstellen getreten. Daneben besteht noch eine erhebliche Zahl von orthopädischen Versorgungsämtern, Versorgungsstellen usw. Die Durchführung des Versorgungswezens erfordert 44 Millionen Mark; bei 850 Millionen

Mark Renten betragen die Verwaltungskosten also 5 Proz., was nicht als hoch bezeichnet werden kann.

Unter den sonstigen Posten fällt die Herabsetzung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge auf; denn an Stelle der ursprünglichen 440 Millionen sind nur noch 280 Millionen Mark vorgesehen, davon 170 für unterstützende und 110 für produktive Erwerbslosenfürsorge. Soweit die unterstützende Erwerbslosenfürsorge in Frage kommt, dürfte es sich auch nur um die Opfer des Ruhrkrieges handeln und nicht um eigentliche Erwerbslose. Es ist wohl selbstverständlich, daß ein Mehrbedarf, der bei diesen Positionen möglicherweise entsteht, ohne weiteres bewilligt wird. 2 Millionen Mark sind für die Durchführung des Kriegspersonenschädigenesetzes eingelegt. Sehr erheblich eingeschränkt wurde der Arbeitsumfang des Reichsverwaltungsgerichts, was auch beim Personaletat dieser Behörde erkennbar wird. Von weiteren Ausgaben sind 9 Millionen Mark für Wohnungs- und Siedlungswesen zu erwähnen.

Wie der gesamte Reichshaushalt ist auch der des Reichsarbeitsministeriums unter dem Zwang entstanden, im Interesse der Währung und der Außenpolitik um jeden Preis einen Ausgleich des Haushalts herbeizuführen. Es muß aber bezweifelt werden, ob das Reich sich dauernd seinen sozialen Verpflichtungen soweit entziehen kann, daß es finanziell an den entsprechenden Aufwendungen nicht mehr teilnimmt. Ähnliches gilt für den Bereich des Wohnungs- und Siedlungswesens.

Der Gesamteindruck ist jedenfalls der, daß die Ausgaben im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums derart eingeschränkt worden sind, daß die Gefahr besteht, hohe volkswirtschaftliche und sozialpolitische Werte endgültig vernichtet zu sehen.

## Vergleichsvorschlag in der Herrenwäschereindustrie.

Nach fünfwöchiger Streikdauer in der Herrenwäschereindustrie hat der Schlichtungsausschuss von Amtes wegen eingegriffen und die Parteien am 4. d. M. zu unverbindlichen Verhandlungen eingeladen. Der Arbeitgeberverband brachte seine Richtsichtung sowohl den Streikenden wie dem Schlichtungsausschuss gegenüber dadurch zum Ausdruck, daß er zu den Verhandlungen nicht erschien, sondern einen Botschaft mit einer schriftlichen Erklärung sandte. Hieraus hatte der Schlichtungsausschuss auf Grund § 5 der Schlichtungsordnung einen Termin mit Beisitzern für Montag, den 7. Juli, anberaumt, wobei als Ergebnis folgender Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses den Parteien gemacht wurde:

„Von beiden Seiten werden die Kampfmaßnahmen sofort eingestellt. Die Arbeit wird wieder aufgenommen und die ausgesprochenen Aussperrungen werden aufgehoben. Maßregelungen wegen des Streiks finden nicht statt. Bis zum 12. Juli treten die Parteien in Verhandlungen über eine Revision der Stunden- und Akkordlöhne, wobei das Hauptaugenmerk darauf zu richten ist, daß die Akkordlöhne in einzelnen Betrieben nicht hinter den Akkordlöhnen gleich gearteter Betriebe zurückbleiben und daß die bestehenden Differenzen in dem Akkordverdienst der Herrenwäschereindustrie miteinander ausgeglichen werden. Die Parteien haben sich bis zum 9. Juli zu dem Vorschlag zu erklären, andernfalls der Schlichtungsausschuss wieder zusammentritt.“

Es wird sich nun zeigen, ob die Unternehmer, wie sie in einer Zuschrift an uns versicherten, den Frieden wirklich wünschen.

## Ausperrung in den Eisenhütten Niederösterreichs.

Der von den Unternehmern herausbeschlossene Kampf geht unvermindert weiter. Die Betriebe sind bis jetzt noch in vollem Umfang geschlossen; die Koststandsarbeiten werden von den Aussperrten geleistet. Einzelne Werke versuchen durch Inserat oder durch persönliche Aufforderung Arbeitskräfte für produktive Zwecke zu erlangen. Je nach Bedarf werden Former und Gießereiarbeiter oder Schlosser gesucht. Bezüglich der Lohnhöhe wird nichts mitgeteilt. Offenbar wünschen die Unternehmer Arbeitskräfte zu bekommen, die bereit sind, Arbeit zu leisten zu einem Stundenlohn von 40 Pf. in Dreiklasse I, der Lohnsatz, der gültig war, bevor 44 Pf. in Dreiklasse I durch verbindlichen Schiedsspruch festgelegt wurden. Es wird dringend gewarnt, Arbeit anzunehmen in Betrieben, die ausgesperrt haben. Als solche kommen in Frage: Wilhelmshütte A.-G., Eulau; Herzogliche Eisen- und Emailierwerk U.-G., Primmernau; Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Kopenau; Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Wallmög; Eisenhütten- und Emailierwerk W. von Krause, Reusatz; Eisenhütten- und Emailierwerk Paulshütte, Reusatz; Hermannshütte, Orensdorf; Friedrichshütte A.-G., Greulich; Fürstl. zu Solmsches Eisenhüttenwerk, Lorenzdorf; Eisenhüttenwerk Ottilienhütte, Rittlich-treiben.

## Ueberleitung von Bergarbeitern in die Landwirtschaft.

Die Krise in der Kaliindustrie hat in der mitteldeutschen Bergarbeiterbevölkerung große Unruhe hervorgerufen. Im Nordhauener Bezirk herrscht geradezu Verzweiflungstimmung. Inzwischen haben unsere Genossen in verschiedenen Anträgen von der Staats- und Reichsregierung Maßnahmen zur Abwendung der Stilllegungsgesfahr gefordert. Da aber auf die Dauer die Stilllegung der nur wenig rentablen Betriebe im Kalibergbau sich doch nicht vermeiden lassen wird, wurde weiter verlangt, daß die arbeitslos werdende Bergarbeiterchaft Mitteldeutschlands soweit als möglich in die Landwirtschaft übergeführt werden soll.

Zu dieser Anregung erklärt die Reichsarbeitsverwaltung einem Vertreter des „Soz. Parlamentsdienstes“, Deutschland hatte früher 400 000 ausländische Landarbeiter, heute hat es nur noch 100 000. Von diesen 100 000 sind 20 000 im mitteldeutschen Zuderrubengebiet beschäftigt. Die Nachfrage nach polnischen Landarbeitern ist in Ostpreußen nicht so groß wie vielfach in der Öffentlichkeit vermutet wird, und man will übrigens in der Nähe der Ostgrenze aus naheliegenden Gründen nicht allzu viele polnische Landarbeiter beschäftigen. Von einer Umleitung der polnischen Landarbeiter in Mitteldeutschland nach Ostpreußen kann also wohl kaum die Rede sein. Diese 20 000 polnischen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in Mitteldeutschland können aber auch von deutschen Arbeitskräften nicht ohne weiteres ersetzt werden. Der deutsche Arbeiter, vor allem der Fabrikarbeiter, ist gar nicht imstande, die schwere Arbeit im Rübenbau zu leisten, vor allem nicht während der Ernte, wo nur robuste Naturen die Arbeit in Hitze und Kälte vollführen können. (Hier aber handelt es sich um Bergarbeiter, die gewiß Schwerarbeiter sind.)

Aber abgesehen von der Frage der Ersetzung der polnischen Landarbeiter besteht die Möglichkeit, daß die mitteldeutsche Landwirtschaft einen Teil der arbeitslos gewordenen und noch werdenden Bergarbeiter aufnimmt. Die Reichsregierung hat sich bereits mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeit-

nehmer in Verbindung gesetzt und wird demnächst eine großartige Propaganda zur Beschaffung von Arbeitskräften für die Kartoffelernte entfalten, die in Mitteldeutschland bereits Ende August beginnt. Nach der Auffassung der Reichsarbeitsverwaltung wird es möglich sein, daß ein Teil dieser Erntearbeiter durch verträgliche Abmachungen dauernd landwirtschaftliche Arbeit zugeteilt erhält. Eine langsame Ueberleitung der arbeitslosen Bergarbeiter in die Landwirtschaft ist überall da möglich, wo die Wohnungsfrage keine zu großen Schwierigkeiten macht. Trotz starker Bautätigkeit auf den Gütern in den letzten Jahren ist der Wohnraum noch immer zu knapp, um eine größere Menge arbeitsloser Bergarbeiter als Landarbeiter unterbringen zu können. Lassen sich die Wohnungsschwierigkeiten durch Bautätigkeit und bessere Verkehrsbedingungen einigermaßen beheben, dann kann nach der Auffassung der Reichsarbeitsverwaltung ein gut Teil der arbeitslosen mitteldeutschen Bergarbeiterbevölkerung in der mitteldeutschen Landwirtschaft unterkommen. Die mitteldeutsche Landwirtschaft hat einen Mangel an Arbeitskräften, zumal im Laufe der letzten Jahre auch in Sachsen und in Thüringen eine starke Abwanderung vom Land in die Industrie stattgefunden hat.

## Landarbeiterlöhne vor und nach dem Kriege.

Es wurde wiederholt schon darauf hingewiesen, daß es die Organisationen der Landwirte, vor allem der Reichslandbund, bei der Schilderung der Notlage der Landwirte peinlich vermeiden, einen Vergleich zu ziehen zwischen den Löhnen der Landarbeiterschaft in der Vor- und Nachkriegszeit. Ihre graphischen Darstellungen berühren alles mögliche, gehen aber nirgends auf das Lohnkonto ein, was zu verstehen ist, weil dann das Gesamtbild zuungunsten der „leidenden Landwirte“ sich ändern würde. Der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten in den landwirtschaftlichen Betrieben belief sich in der Vorkriegszeit auf etwa 35 Proz. der gesamten Unkosten. Bei den heutigen Lohnverhältnissen würde man kaum auf die Hälfte dieses Prozentsatzes kommen.

Für diesmal wollen wir einen ganz besonderen Kronzeugen für die Richtigkeit dieser Auffassung anrufen. Es handelt sich um den bekannten Führer des Bundes der Landwirte v. Wangenheim (Klein-Spiegel). v. Wangenheim hat in der Vorkriegszeit in einem Handbuch des Bundes der Landwirte das Lohnverkommen einer auf seinem Gute beschäftigten Arbeiterfamilie (Mann, Frau und Tochter) auf 2060 M. pro Jahr bei insgesamt 600 Arbeitstagen dieser Personen beziffert. Ungerechnet in Tagessummen ergibt sich hieraus die Summe von 3,43 M. Gegenwärtig beträgt das Einkommen genannter drei Personen in der Provinz Pommern, wenn diese zusammen 900 Arbeitstage leisten, nur 1537 M. pro Jahr. Das ergibt pro Arbeitstag einen Lohn von 1,87 M. Man begreift also, warum die Lohnkurve bei all den schönen Berechnungen der Landwirte über die Not der Landwirtschaft keine Erwähnung findet.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Donnerstag nachmittags 5 Uhr in den Kammerällen, Teufelstr. 1-4, Versammlung aller in den Buchbinderei- und Buchdruckereien in Westfalen beschäftigten Mitglieder des alten Verbandes. Bericht von den Akkord-, Lohn- und Heftlöhnerverhandlungen. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. Die Bräunleinleitung.

## Aus der Partei.

### 50 Jahre Parteifahrt.

### Ein Jubiläum in Augsburg.

Ein seltenes Jubiläum beging die 1871 als „Arbeiterverein“ begründete Sektion Wechhausen des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg mit der 50. Wiederkehr der Parteifahrt. Diese Parteifahrt ist die einzige Bayerns — vielleicht Deutschlands — die aus der Zeit vor dem Sozialistengelei noch vorhanden ist. Während der 12 Jahre Sozialistengelei wurde sie von Parteigenossen in einem sicheren Versteck allen Nachforschungen der Polizei entzogen. Nun wurde sie in einem symbolischen feierlichen Festakt von den sechs noch lebenden über 50 Jahre der Partei angehörnden Parteiveteranen den Jungsozialisten übergeben. Bemerkenswert für das reaktionäre Bayern war der glänzende Festschmuck, den die Straßen nächst dem Festplatz in der Augsburger Vorort Wechhausen angelegt hatten. Als Demonstration gegen das mit dem bayerischen Ausnahmezustand begründete Verbot eines Festzugs trug fast jedes Haus reichen Schmuck in den Farben der Republik. In den hochgelegenen Straßen wurden allein fast tausend schwarzrotgoldene Fahnen und Fähnchen gezählt, dazu zahlreiche rote Fahnen und rotumwundene Laubkränze usw. Fast tausend schwarzrotgoldene Flaggen und Fähnchen in wenigen Straßen einer bayerischen Stadt — das war eine Demonstration für die Republik, die in Gemeinschaft mit der Beteiligung fast der gesamten Einwohnerschaft des Arbeiterorts an dem Fest ihren Eindruck auch auf die Feinde der Republik nicht verfehlen konnte.

## Briefkasten der Redaktion.

S. S. 94. Nein, die 4 Bros. dürfen Sie nur dann kassieren, wenn Sie mit dem Hauswart oder dessen Stellvertreter ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart haben, daß Sie die sogenannten Schmelztemperaturen übernehmen. — S. S. 92. Die Kirchensteuer ist bis zum 31. März 1925 zu entrichten. — S. S. 2. 18. Der Sinn der Worte ist uns nicht bekannt; wenden Sie sich an die Buchdruck-Fabrik.

Beantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Seidmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schuler; Sozialpolitik: Dr. John Schilling; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Giese; (amtlich in Berlin). Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8. 12/22 2 Beilagen.



**Schaumpon**  
mit dem schwarzen Kopf  
Das altbewährte Kopfwaschpulver



**Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'**  
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

# FISCHER & WOLFF Spandauer Str. 10

Ecke Kaiser-Wilhelm-Str.

**Inventur-Verkauf** aus unseren Engros-Lägern  
**Deutsche Teppiche \* Möbelstoffe \* Läuferstoffe**  
**Tisch- und Diwandecken, Dekorationsstoffe, Gardinen und Vorhänge**

# Unsere Giftpilze und ihre Doppelgänger.

Die Zeit des Pilzsammelns beginnt jetzt und damit stellt sich auch die Gefahr der Pilzvergiftungen wieder ein. Es dürfte daher angebracht sein, auf die hauptsächlichsten und gefährlichsten Giftpilze hinzuweisen.

## Die häufigsten Giftpilze.

Der gefährlichste und häufigste Verursacher von Pilzvergiftungen ist unstreitig der grüne Knollenblätterchwamm (Amanita phalloides), dem im vergangenen Jahre so viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Knollenblätterchwämme, deren wir drei Arten unterscheiden, sind: 1. Der gelbliche Knollenblätterchwamm (Amanita mappa). Der Pilz kommt von Juli bis zum Herbst namentlich in Kiefernwaldungen vor und erscheint, wie fast alle Pilzlinge, zunächst als eiförmige Knolle und ist von einer weichen Hüllhaut umschlossen. Der gelbliche, gelbgrünliche oder grünlichweiße Hut, der durch einen Ring mit dem Stiel verbunden ist, ist meist bedeckt mit weißlichen, gelblichen oder bräunlichen Warzen oder Hüllresten, die sich leicht abwischen lassen oder auch vom Regen abgewaschen sein können. Das dünne, weiche Fleisch ist weiß, die dicht gereihten Lamellen (Blätter unter dem Hut) sind stets weiß. Der schlaffe, biegsame Stiel endet in eine 2 bis 3 1/2 Zentimeter dicke, kugelig scharf umrandete Knolle. — 2. Der grüne Knollenblätterchwamm (Amanita phalloides), wie schon erwähnt, der gefährlichste aller Giftpilze, hat einen olivgrünen Hut, der aber auch ins Grau-, Gelb- oder Braungrün übergeht. Die Hutoberhaut ist nur im Jugendstadium mit Flecken bedeckt, im Alter meist nackt. Der Hutrand ist mit dem Stiel durch einen Ring verbunden. Das Fleisch ist hart weiß, unter der Hüllhaut, welche abziehbar ist, grauweißlich. Die Lamellen sind stets weiß. Der weiße, biegsame Stiel ist meist mit blaugrünen Flecken oder stöckigen Schüppchen versehen und trägt unten eine dauerhafte, weit abstehende, nur am Grunde mit der Knolle verwachsene weiße, innen oft grünliche Wulsthaube, welche die 3 bis 5 Zentimeter dicke Knolle umschließt. Der Pilz erscheint im August, verschwindet aber meist schon Ende September. Er kommt hauptsächlich in Laubwäldern vor und besonders unter Eichen oder in gemischten Wäldungen, wo Birken stehen. Der Genuß des grünen Knollenblätterchwammes übt fürchterliche zerstörende Wirkungen (ähnlich denen der Phosphorvergiftung) auf unseren Körper aus. Es stellt sich 6 bis 15 Stunden nach Genuß von Knollenblätterchwämmen zunächst ein pflöcher, heftiger Schmerz ein, dann folgt Erbrechen, quälender Durst, choleraartiger Durchfall, völlige Entkräftung und Teilnahmslosigkeit, Bewußtsein und Gedächtnis bleiben ungetrübt. Die Haut wird gelb, das Gesicht entsetzt. Seltener treten Krämpfe auf. Erst nach 3 bis 6 qualvollen Tagen tritt Bewußtlosigkeit und — infolge Zerstörung der roten Blutkörperchen und fettiger Entartung von Leber, Nieren und Herz — bald darauf der Tod ein. Eine Rettung ist meist nur dann möglich, wenn nur eine kleine Menge gegessen wurde und schnelle Entleerung des Magens erfolgen konnte. — 3. Der weiße Knollenblätterchwamm oder Frühlingknollenblätterchwamm (Amanita verna) unterscheidet sich vom gelblichen Knollenblätterchwamm nur durch seine weiße Farbe. Hut bei feuchtem Wetter klebrig, weiß ohne Hüllreste. Er kommt von Juni bis Oktober, zuweilen schon im Mai in humusreichen Wäldern Norddeutschlands, auch in der Umgegend von Berlin vor, aber selten. Er riecht ziemlich stark, unangenehm, fast rettigartig. Stiel knollig, weiß, flockig schuppig, mit wollig schuppigem Ring. Sehr giftig. — 4. Der Fliegenchwamm (Amanita muscaria). Dieser Pilz ist wohl jedermann bekannt, so daß eine nähere Beschreibung sich erübrigen dürfte. — 5. Endlich wäre unter den Blätterpilzen noch der Speisepilz (Russula emetica) zu erwähnen. Die Hüllhaube ist sehr verschieden: blau-, purpur-, hellrot oder rosa. Das weiße Fleisch ist locker, sehr leicht zerbrechlich. Die Lamellen sind weiß oder grauweiß. Stiel walzenförmig, weiß, oft rötlich angehaucht. Der Geruch in frischem Zustande unangenehm widerlich, brechenregend, der Geschmack sehr scharf brennend. Er kommt in Wäldern, Waldmooren und Heiden von Juni bis November vor. — Bezüglich der Täublinge (dieselben haben alle weder Ring noch Knolle) merke man, daß alle roh mild oder wenig scharf schmeckenden essbar sind, es gibt unter den Täublingen 35 Arten gute Speisepilze. Fast alle mit gelblichen oder gelben Blättern sind mild, also essbar.

Unter den Röhrenpilzen, d. h. denjenigen Pilzen, welche anstatt der Blätter Röhren unter dem Hut haben, z. B. der Steinpilz, gibt es nur einen einzigen Giftpilz, das ist der Satanspilz (Boletus satanas). Die Beschreibung dieses Pilzes ist unten bei der Gegenüberstellung der Doppelgänger unter den Speisepilzen näher angegeben.

## Unterscheidungsmerkmale.

Da also jeder Giftpilz unter den guten Speisepilzen einen oder mehrere Doppelgänger hat, so sollen nun die unterscheidenden Merkmale derselben näher angegeben werden. Die Knollenblätter-



schwämme werden meist mit dem Feld-Champignon (Psalliota campestris) und dem Schaft-Champignon (Psalliota arvensis) verwechselt. Die unterscheidenden Merkmale sind: **Knollenblätterchwämme.** Hut: Gelblich bis grünlichweiß oder gelbgrün. Hutrand mit einem Ring verbunden. Oberhaut: Sehr dünn, leicht abziehbar, mit Hutsegen und Warzen mehr oder weniger bedeckt. Fleisch: Dünn, grünlich oder gelblichweiß, unveränderlich. Blätter: Slets weiß bis gelblichweiß. Stiel: Schlank, biegsam am Grunde mit dicker, berandeter Knolle, die ziemlich tief im Boden liegt. Ring: Sehr dünnhäutig und pergamentlich. Geruch: Unangenehm nach Kartoffeltrieben.

**Champignons.** Hut: Reinweiß, leidenartig glänzend, durch Druck gelblich. Oberhaut: Jemlich derb, glatt, nicht abziehbar. Fleisch: Jemlich dick, rein weiß, zuweilen rötlich anlaufend. Blätter: Zuerst weißlich, später graurötlich oder rosa, zuletzt schwarzbraun.

Stiel: Gleichmäßig dick, wenig biegsam, nach unten etwas keulenförmig. Ring: Breit, dickhäutig, am Stiel festgewachsen. Geruch: Angenehm mandel- oder anisartig.

Von den Blätterpilzen sind alle essbar, welche rosa oder fleischfarbene Blätter haben, dagegen meide man alle Blätterpilze mit gelbbraunen, graubraunen, lehmfarbenen, zimmetbraunen oder schokoladenfarbenen Blättern, dieselben sind ungenießbar.

Der Satanspilz hat einen Doppelgänger, den Hegenpilz (Boletus luridus).

**Satanspilz.** Hut: Hell lederfarben oder braungrau. Oberhaut: Rauh, glatt, bei feuchtem Wetter etwas klebrig. Fleisch: Weiß oder weißlich, beim Durchschneiden zuerst rötlich, dann violett und schließlich dunkelbraun. Röhren: Dunkelblutrot, durch Druck blau werdend. Stiel: Unten dunkelrot, nach oben allmählich in Gelb übergehend, meist nehpodrig. Geruch: Angenehm. — Geschmack: Mild, obstartig.

**Hegenpilz.** Hut: Dunkel-olivbraun bis schwarzbraun. Oberhaut: Anfangs samtig-feinfilzig, grünlich schimmernd, später glatt und glanzlos. Fleisch: Lebhaft zitronengelb, beim Durchschneiden sofort dunkelblau, nach wenigen Sekunden grünblau. Röhren: Am Stiel angewachsen, Mündungen tarmin-, mennig- oder gelbrot, innen gelb oder gelbgrünlich. Stiel: Kugelig oder bauchig, später keulenförmig, nach oben dunkelmennigrot, nach unten heller ins Grünliche übergehend, umgekehrt wie beim Satanspilz. Geruch: Angenehm. — Geschmack: Mild, nussartig.

Ogleich der Hegenpilz ein sehr guter Speisepilz ist, so ist Anfängern doch anzuraten, ihn zu meiden, wie überhaupt alle Röhrenpilze mit roten, leuchtenden Stielen und Röhren. Es gibt noch einen diesen beiden sehr ähnlichen Pilz, den Bitterpilz (Boletus pachypus), der von Rufen als verdächtig und von anderen Pilzforschern als giftig gehalten wird. Außer den genannten Giftpilzen gibt es noch eine Anzahl weniger giftiger und verdächtigere Pilze, der Raum gestattet es aber nicht, auf diese näher einzugehen; sie schaden nicht allzulehr der Gesundheit, vor allen Dingen wirken sie nicht tödlich.

## Wie der Pilz zu behandeln ist.

Nicht unerwähnt dürfte bleiben, daß auch die besten Speisepilze gesundheitsgefährlich wirken können, wenn sie nicht ordnungsgemäß behandelt werden. Es seien daher noch einige praktische Winke gegeben.

1. Man Sorge dafür, daß die Pilze auf dem Transport nicht zu sehr gedrückt werden, es empfiehlt sich daher, einen festen Behälter, Korb, Kasten oder dergleichen zu benutzen, kein loses Netz oder Rucksack, in denen sie der Gefahr zerdrückt oder zertrümmert zu werden ausgelegt sind, sich auch zu sehr erhitzen.
2. Man vermeide sehr junge und sehr alte Pilze. Erstere deshalb, weil sie in der Jugend selbst von erfahrenen Pilzkundigen von Giftpilzen schwer zu unterscheiden sind, sehr alte sammelt man deshalb nicht, weil sie oft die Art nicht mehr bestimmen lassen und oft schon in Fäulnis übergegangen sind.
3. Man sammelt nicht bei Regenwetter oder unmittelbar nach dem Regen, denn nasse Pilze werden, namentlich wenn sie nicht gleich nach dem Sammeln zubereitet werden, sehr leicht gesundheitsgefährlich.
4. Wenn möglich, bereite man die Pilze noch an dem Tage, an dem sie gesammelt sind, zu. Ist dies nicht möglich, so breite man sie an einem luftigen, trockenen Orte einzeln nebeneinander aus, weil sie sich sonst erwärmen und leicht in Fäulnis übergeben.
5. Pilze, die von Maden und anderen Insektenlarven durchsetzt sind, meide man.
6. Anfängern ist anzuraten, nur solche Pilze zu sammeln, die sie

## Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rakfa.

Ihre Fragen streichelten über ihn dahin, und da Renzo von seiner einsamen, angespannten Arbeit ein wenig wund war, fanden ihre zärtlichen kleinen Worte Eingang, und er begann zu zweifeln, ob es gut sei, sich in diese tiefe Heimlichkeit einzuspinnen. Im Grunde verarmte sie ihn, den Lebensfrohen, Heitern, der stets aus dem Vollen, Wirklichen und Rehen schöpfe. Und wer hier in Palermo sollte wohl die Römerin Livia kennen? Sicherlich niemand in Palazzo Vigliena! Vielleicht — vielleicht kannte der alte Bagini die Venus von Syrakus. Ganz sicher war auch das nicht. Wenn Bagini und Fiametta seine Arbeit sahen — nur diese beiden, niemand sonst! —, so war das für ihn wie ein frischer Luftzug. Er liebte die Einsamkeit nicht, nach einer langen Reihe anstrengender Tage schien sie ihm unfruchtbar zu sein. Er war in dieser Stunde ganz und gar bereit, seine Blaubartkammer zu öffnen, und wenn er auch an sich hielt und kein Wort darüber sagte, so spürte Fiametta dennoch, daß irgendwo in dem Gespinnst eine schwache Stelle war, und sie brauchte nur lange und vorsichtig genug weiter zu tasten, dann würde sie diese Stelle auch finden. Dennoch gelang es ihr an diesem Abende nicht. Was aber Renzos Unsicherheit, seine Zweifel und Mühen nicht vermocht hatten, das vollbrachte sein Jubel. Wenige Tage nach diesem halb enthüllenden Gespräch mit Fiametta war ihm zumute, als arbeite nicht mehr er selbst, als arbeite ein anderer in ihm. Seine Hand, seine Augen, sein Herz, das waren nur Werkzeuge: vollkommen schön und ganz wie das Leben, das er beaufsichtete, blühten Livias Züge auf. Es berauschte ihn. Es hob ihn über Zweifel und Bedenken hinaus. Glühend vor Entzücken ging er zur Sonnenneige in den Arbeitsraum seines Meisters hinab und dann auch, da er schenken, verschwendung wollte, zur kleinen Fiametta, damit diese beiden, die ihm am nächsten standen, in dieser herrlichen Stunde mit ihm fühlen sollten. Er maß keine Entfernung, wußte nicht, daß der Alte zäh und im Grunde nur ein sehr tüchtiger Handwerker war, dachte nicht daran, daß Fiametta nur ein dreister, lustiger Spitz sei, wie es hunderte in allen Straßen gibt — er wollte nur Leben fühlen, Leben geben, einen Strom von Leben.

So nahm er die beiden mit vor sein Bild, vor ein Götterbild. Beide schwiegen. Bagini kannte die Venus von Syrakus, und doch dauerte es lange, bis die Erinnerung in ihm lebendig wurde. Dann dachte er: was für eine glänzende Kopie, denn er glaubte nicht anders, als daß es irgendeinem Künstler gelungen sei, die Statue auf diese wundervolle, ja einzig mögliche Art zu ergänzen. Er versank völlig in die Betrachtung, er bewunderte den Schöpfer — auch Renzo bewunderte er, doch das war nur ein Abglanz. Und auch Fiametta verhielt sich ganz still. Mut und Bosheit kochten in ihr auf. Niemals, er mochte sagen was er wollte, war dieses Weib da eine Göttin! Eine Göttin? Ja, so mochte er sagen! So ein Weib wie dieses da gab ihm seine Vorstellungskraft nicht ein. Er hatte diese Frau gesehen und er hatte sie geliebt. Der Hauch des Geliebteins umschwebte sie fast greifbar. Da war etwas in dem stolzen Gesicht, das sie reizte und demütigte. Sie hätte meinen mögen, schreien! Sie wünschte dieser Herrlichen — ihr so weit überlegen, das fühlte sie — Untergang und Verderben. Ihr Spähenhirn konnte nichts anderes begreifen als ihre eigene kleine Welt. Gewiß, Renzo hatte allen Grund, sich mit dem Abbild seiner Geliebten einzuschließen! Niemand durfte hinein kommen, das begriff sie jetzt. Hier hatte er mit seinen Erinnerungen gefesselt, hatte sie genährt, geliebt! In die Kirche war er gelaufen — wie war ihm das so unmöglich! —, er mochte nur zu Gott und allen Heiligen beten, daß niemand seine Geliebte erkannte. O, sie war nicht so töricht, sie fühlte es: das war eine jener großen Damen, die einen jungen Menschen lieben und nachher nichts mehr von ihm wissen wollen. An die Frau, an die Stolz, hatte er gedacht, wenn er sie, seine Verlobte, im Arme hielt und küßte. Doch sie würde sich nicht verraten. Schweigen, stille sein, aushorchen! Renzo aufgeben? Nein — Fiametta biß die Zähne fest zusammen — nicht aufgeben, sich rächen — an ihm, an ihr! Das alles wollte in ihr auf und nieder. Und immer wieder brach Zärtlichkeit für Renzo hindurch. Der junge Bursche beachtete sie gar nicht. In dem scheidenden Licht wirkte die Venus wie lebend. Ganz so wie damals in Syrakus, als er sie zum ersten Male sah. Am liebsten wäre er auch jetzt wieder dicht vor sie hingetreten und hätte ihre Knie geküßt.

Bagini ging prüfend um die Venus herum. „Gut, gut hast du das gemacht,“ sagte er einige Male. Das rief Renzo zurück. Er sah sich nach Fiametta um. Sie nickte nur hastig und lief davon. Bagini sagte ein wenig erstaunt: „Ich hätte nie gedacht, daß die Kleine von so etwas ergriffen sein könnte,“ und dann, nachdenklich: „Die Venus ist wahrhaftig schön. Ich wußte nicht, daß sie ergänzt worden war. Das ist — das ist — besser hätte es nicht gemacht werden können. Es ist meisterhaft.“ Er beugte sich vor und betrachtete Livias Gesicht eindringlich. Renzo war einen Augenblick ganz betroffen. Also ihm mutete der Alte so etwas nicht zu! Worte wollten aus ihm hervordringen, er preßte sie zurück. Nein, das war sein Schuß. Die Unwissenheit war Schuß. 12. Nun war es vor hundert Jahren in Rom in mancher Beziehung nicht viel anders als heute bei uns. Alte Schichten zerbröckelten; neue, robuste Menschen dunkler oder peinlich einbeutiger Herkunft stießen sich nach oben. Sie hatten mit Armen und Beinen gearbeitet, und nun standen sie prustend und schweigend da — nur sich selbst zur Freude. Waren sie aber einmal so weit, daß sie wußten, wieviel Wasser und Seife man etwa täglich verbrauchen muß, hatten sie den rechten Schneider und Tanzmeister gefunden, dann gelüstete es sie auch bald, den Schein zu erwecken, als könnten sie nur in einer Luft atmen, die den gebildeten Schichten selbstverständlich gewesen war. Sie atmeten sehr hörbar, bisweilen artete es in Schnarchen aus. Geräuschvoll und hastig umgaben sie sich mit Kunstgegenständen aller Art, oder doch mit dem, was sie dafür hielten — und auch hier kam es sozusagen nur auf den richtigen „Tanzmeister“ an. Die ganz Vermegenen, man kann sagen die Schnellläufer, begaben sich auf Reisen und sahen sich ein wenig um. Einer dieser Schnellläufer, der Römer Carlo Fratelli, kam sogar übers Meer gefahren. Er überblickte den Hafen von Palermo und fand ihn bescheiden. Er sah die lustige Reihe der vielen bunten Feslwagen und fand sie unwürdig. Er ließ seine Augen von rechts nach links rollen, ob nichts zur Stelle wäre, um ihn auf eine stattliche Art in Palermo einzuführen, und da meldete sich nur ein lachender brauner Kerl, der ihn zu einem Wagen zerren wollte. Nun, das hatte Carlo Fratelli wahrhaftig nicht nötig, denn seine Taschen strotzten von Empfehlungsschreiben an die Nobilität von Palermo. (Fortsetzung folgt.)

kennen, oder sich an erfahrene Pilzsammler anzuschließen, die sie um Rat fragen können.

Wer nach diesen Regeln Pilze sammelt, wird unbedingt vor Pilzvergiftungen bewahrt bleiben.

Schließlich sei an alle Pilzsammler die Bitte gerichtet: Laßt alle Pilze, die ihr nicht kennt, stehen, denn ein Pilzkundiger erkennt vielleicht in dem umgeworfenen oder zerstückten Pilz einen wertvollen Speisepilz. Außerdem sind die Pilze wie die Blumen ein Schmuck des Waldes, der das Auge jedes Naturfreundes erfreut.

## Denkmalweihe in Köpenick.

Ja, wirklich, es gab einige ungläubige Gesichter, als die Parade am 12.30 Uhr Eintreten der Kameradschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zur Beteiligung an der Denkmalweihe für die gefallenen Helden in Köpenick.

Aber dennoch: Jungkameradschaften und schlichte Frontsoldaten kamen trotz zweiseitiger Mienen. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen flatterten lustig am Sammelpunkt. Vorübergehende Starren verwundert zu den Farben der Republik. Wahrlich, im Deutschland des Hakenkreuzsummers ein seltsames Bild! Nach einer guten Marschstunde zog der stattliche Zug in wohlgeordneten Kolonnen auf dem Ehrenfriedhof ein. Und siehe da: Es gab lange Gesichter! Am Trauerdreh und mit Zylinder — die Brust blechern geschmückt — standen die alten Kriegervereinsgenossen mit ihren Fähnlein da. Ein Häuflein Bismarckbündler mit schwarz-weiß-roter Fahne — darauf geschrieben stand: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ — trotz immer enger zusammen. Neue Republikfahnen tauchten auf, andere Marschkolonnen rückten heran. Epicheer und Gaffer blühten entsetzt. Manche Redengestalt in blinkender Uniform hielt erschüttert den Atem an ob des Zugs der neuen Zeit.

Unmut und Grimm lohnte hinter den Botansfirnen. Da hatte man Jahre gesparrt, sich gefreut auf den Tag der „nationalen“ Weihe — und nun kamen diese schlichten Mannen ohn' all das Blinkzeug auf der Brust in so großer Zahl mit ihren dreimal verfluchten „Judenfahnen“ und drängten alles andere mit leuchtenden Bannern in den Hintergrund. Selbst das so stolz gepflegte Schwarz-weiß-rot verschwand in der Flut von Schwarz-Rot-Gold. Nun umstellten die Fahnenträger gar den Sokel. Kein Widerstreben half. Man war überrollt. Der Festrédner — ein Warrer — kam fast aus dem Konzept. Als aber dann der Vertreter der Stadt bei der Uebernahme gar von dem Fortwinken der Lebenden am Aufbau der Republik sprach, da wirkte das Wort wie ein Peitschenhieb. Es gab entsetzte Gesichter.

Dennoch: Wenn man das Bild überblickte — dort die in der Mehrzahl alten „Reden“, ein Häuflein junger, verschüchtert, verängstigt, und diesseits Männer und Jugend in den Jahren in großer Zahl, so war einem nicht bange. Ein altes Männchen am Zaun fragte seine Tochter, was denn die schwarz-rot-goldenen Fahnen und die Menschen mit den blauen Kappen vorstellten; da vernahm man die Deutung: „Das sind Republikaner!“ „So viele? ... Und die andern?“ „Das sind Militärvereiner!“

Noch mehr Republikaner und Fahnen heraus aus der Reserve — und man feiert keine „deutschen“ Tage mehr, die in Nationalismus, in Rausch, Lobhude und Kagenjammer enden.

## Der Mord bei Lebus aufgeklärt.

### Selbstmord des Täters.

Ein Schuß durchs Fenster tödete am 3. Februar d. J. abends, wie gemeldet, den Landwirt Wilhelm Schulze in Platkow im Kreise Lebus. Geraubt war nichts, niemand war in der Wohnung gewesen. Man munkelte bald, daß der Stiefsohn des Ermordeten, ein Otto Bange, ein junger Mann von 21 Jahren, und der 20 Jahre alte Besitzersohn Max Dahle die Täter gewesen sein könnten. Dahle erklärte aber, daß er sich während der Zeit auf dem Acker befunden und daß ihm Bange unterdessen seinen Mantel draußen gehalten habe. Das glaubte man. In die dunkle Sache wollte kein Licht kommen. Vor drei Tagen erhielt Kommissar Treitin nachträglich den Auftrag, sie aufzuklären. Er fuhr, nachdem er die Akten studiert hatte, mit einigen Beamten hinaus, nahm nach dreistündigen Ermittlungen an Ort und Stelle Otto Bange und seinen Freund Max Dahle fest, sagte ihnen die Tat auf den Kopf zu und nahm sie trotz ihres Bausens mit nach Berlin. Schließlich gaben sie hier unter der Last des Beweismaterials endlich zu, daß sie doch die Täter waren. Lange, der beim neunten Reiterregiment in Fürstenwalde diente, gefiel es dort nicht mehr. Er wollte die Wirtschaft seines Stiefvaters haben und diesen zu dem Zwecke besorgen. Auf einem Urlaub verübte er die Tat. Lange stellte sich unter das Fenster, Dahle legte ihm den Leiching auf die Schulter, zielte nach dem Hinterkopfe des abnungstosen Mannes und drückte ab. Als sie sahen, daß die Kugel ihr Ziel getroffen hatte, ließen beide davon und begaben sich zu einem Vergnügen. Nach dem umfassenden Geständnis hat sich Bange in der vorvergangenen Nacht im Polizeigewahrsam mit seinem Handtuch erhängt. Dahle versichert, daß er lediglich aus alter Freundschaft auf den Vorstoß Banges eingegangen sei. Er habe seinem Schulkameraden und unzertrennlichen Freunde auf dessen Drängen seine Bitte nicht abschlagen können, von der Tat aber nicht den geringsten Vorteil gehabt.

## Der Schenkenborfer Mörder noch nicht ermittelt.

Die Meldung einiger Berliner Abendblätter, daß der Schenkenborfer Mörder in der Person eines 18 Jahre alten Lehrlings verhaftet worden sei, wird von der Kriminalpolizei als unrichtig und als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Diese Meldung ist geeignet, der Kriminalpolizei die Arbeit sehr zu erleichtern. Diese verfolgt mehrere Spuren, hat aber bisher noch keinen bestimmten Anhaltspunkt gefunden. Es wäre nun sehr möglich, wenn die Mitteilungen von der Verhaftung die Folge hätte, daß man Angaben aus dem Publikum jetzt für überflüssig hielte. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß auch weiterhin alles, was zur Aufklärung dienen kann, im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegengenommen wird. Nachdem auch von der Behörde noch 500 M. Belohnung ausgesetzt sind, beträgt die Gesamtbelohnung jetzt 3500 M.

## Wenn zwei dasselbe tun . . .

Eigentlich ist ja dieses Sprichwort so unauß und man hat es so endlich oft bestätigt gefunden, daß man es nicht mehr zitieren sollte. Inbess, gerade in unserer Zeit erlebt man immer wieder die eigenartigsten Anwendungen — vor Gericht. War da zum Beispiel unlängst ein Mitglied einer linksgerichteten Jugendorganisation wegen Körperverletzung und Nötigung angeklagt. Vor der Strafkammer standen sich die beiden Parteien gegenüber. Der Angeklagte, ein schwächlicher, junger Mensch, Epileptiker, kaum zurechnungsfähig, wie der medizinische Sachverständige befandete, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht hofähig, wie der Gerichtsarzt meinte. Sein Gegner, ein baumlanges Kerl, mit Riesenkräften, Hakenkreuzler. Bei einem Zusammenstoß zwischen Hakenkreuzler und Mitgliedern der radikalsten Jugendorganisation sollte der Angeklagte den Riesen schwer verletzt haben. Urteil: 6 Monate Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung und Nötigung, ohne Bewährungsfrist. — Wenn nun aber der Riese den Goltath gehalten, das Hakenkreuz die Gegenpartei schwer verletzt hätte, dann wären dem Riesen sicher mildernde Umstände zugestanden worden, die zu einer Selbststrafe Veranlassung gegeben hätten. Ja, Bauer, das ist auch ganz was anderes!

## Die Doppelhehe des Architekten.

### Chefroman einer amerikanischen Filmbiografie.

Seit Jahren beschäftigt die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II in Berlin ein Strafverfahren gegen den Architekten Walter Desterle, das in der Hauptsache in Amerika spielt. Desterle wird beschuldigt, in Amerika eine Doppelhehe geschlossen zu haben, seinen Schwiegervater und mehrere Geschäftsleute in Chicago um hohe Beträge in der Gesamthöhe von 65000 Dollar betrogen zu haben.

Das Opfer seiner zweiten Ehe ist eine amerikanische Filmbiografie Arma Roma, mit ihrem bürgerlichen Namen Anna Shellmann aus Chicago. Arma Roma ist eine amerikanische Schönheit, die bei vielen Schönheitskonkurrenzen mit dem ersten Preis gekrönt worden ist. Desterle hatte im Jahre 1920 Arma Roma geheiratet, obwohl seine Ehe mit einer ebenso wie er aus Deutschland stammenden Wäscherin noch nicht geschieden war, das Urteil ist vielmehr in dem Ehescheidungsprozess erst nach Schließung der zweiten Ehe erfolgt. Desterle hatte es verstanden, von seinem Schwiegervater einen Betrag von über 60000 Dollar zum Ankauf von Automobilen herauszulockern und war dann mit dem Gelde und in Begleitung seiner ersten Frau nach Deutschland geflohen. Man hatte von New York aus ein Radiotelegramm nachgeschickt, um den Flüchtling an Bord des Dampfers Ranshusia bei der Ankunft in Hamburg zu verhaften. Desterle war es aber gelungen, von dem Bord des Dampfers unbemerkt zu entweichen. Nachdem er einige Zeit mit seiner ersten Frau zusammengelebt hatte, knüpfte er wieder mit anderen Frauen Beziehungen an, denen er Heiratsversprechungen machte. Er hatte sogar die Dreifachheit, seiner zweiten Frau eine Anwartschaft nach Amerika zu schenken, auf der er mit seiner zukünftigen Nr. 3 auf dem Schöße bei einem Seitzuge abgebildet war. Diese Karte wurde sein Verhängnis, denn es gelang nunmehr, ihn in Braunschweig zu verhaften. Das Verfahren stieß auf zahlreiche Schwierigkeiten, da die amerikanischen Rechtsverhältnisse zu prüfen waren und die Zeugen im Ausland vernommen werden mußten. Arma Roma war selbst nach Berlin gekommen, um hier beim Untersuchungsrichter gegen ihren Ehemann Aussagen zu machen. Nach 15monatiger Untersuchungshaft war Desterle aus der Haft entlassen worden. Seitdem war es nicht mehr möglich gewesen, ihn vor Gericht zu stellen. Wiederholt hatten Verhandlungstermine angefallen, der Angeklagte war aber niemals erschienen. Auch zu dem gestrigen Termin war er ausgeblieben. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Orthmann beantragte nunmehr eine Wiederverhaftung, welchem Antrage auch Vordirektor Dr. Schneider stattgab. Es wird jedoch vermutet, daß Desterle inzwischen wieder nach Amerika geflohen ist, so daß gegen ihn ein Steckbrief erlassen worden ist. Sollte Desterle in Amerika ergriffen werden, so würde er auch dort abgeurteilt werden und die Sache würde für ihn dann einen sehr bösen Ausgang nehmen, da Bigamie in Amerika weit schärfer als in Deutschland bestraft wird.

## Ein Inflationserlebnis.

### Als die Preise stündlich stiegen.

Rückerinnerungen an die trübste Zeit der Inflation erweckte eine Verhandlung, die sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte abspielte. Große Empörung hatte es damals bei den Gasverbrauchern erregt, daß die Gaswerke nicht nur die Preise entsprechend der Geldentwertung ständig erhöhten, sondern daß bei der Aufnahme der an dem Tage geltende Preis auch für die ganze vorhergehende Verbrauchszeit in Rechnung gestellt wurde. Dieses Verfahren der Gaswerke fand jetzt vor dem Schöffengericht eine sehr scharfe Kritik.

Wegen Beleidigung und Bedrohung war der Revisor Wilhelm Siegbrecht angeklagt. Am 30. November d. J. erschienen in seiner Wohnung ein Gasbeamter mit einem Rohrleger, um die Gasrechnung einzufordern oder den Gasmesser abzupfern. Der Angeklagte behauptete, daß er erklärt habe, er sei außerstande den hohen Betrag zu zahlen, worauf ihm erwidert worden sei, daß dann der Gasmesser abgeperrt werden müsse. Er habe auch gesagt, daß er sich schon mit der Direktion in Verbindung gesetzt habe und man möchte die Sache abwarten. Die Gasarbeiter hätten trotzdem den Gasmesser abperrern wollen und seien, obwohl er ihnen den Eintritt in die Wohnung verweigert habe, mit den Worten: „Das wollen wir mal sehen“, gewaltsam eingedrungen. Da er dieses Verfahren für hausfriedensbrüchig angesehen habe, so habe er sich für berechtigt gehalten, ebenfalls Gewalt anzuwenden. Er habe den Rohrleger, der bereits in der Wohnung zum Gasmesser gehen wollte, wie der Angeklagte sich ausdrückte, „an den Schult gepackt und hinausgeschoben“. Obwohl er keine Schußwaffe besaß, habe er seiner Wirtschaftlerin zugerufen: „Bringen Sie mal den Revolver“. Das habe auch gewirkt und die Leute seien schleunigst davongegangen. Die beiden Revisionsangestellten der Gasverwaltung mußten auf Befragen zugeben, daß sie nicht den Auftrag gehabt hätten, gewaltsam vorzugehen, wenn die Rechnung nicht bezahlt und ihnen der Eintritt in die Wohnung verweigert würde. Die Zeugen behaupteten im Gegensatz zu dem Angeklagten, daß sie auch ganz ruhig die Wohnung betreten hätten. Während der Staatsanwalt den Angeklagten für schuldig hielt und 20 M. Geldstrafe beantragte, kam das Gericht zu einer Freisprechung, die Gerichtspräsident Dr. Blankenburg folgendermaßen begründete: Der Angeklagte sei in sehr begrifflicher Weise empört gewesen, denn in der damaligen Zeit habe das Verfahren der Gaswerke bei der ganzen Berliner Bevölkerung die größte Erbitterung hervorgerufen. Die Praxis der Gaswerke habe fast gegen die Bucherregeln verstoßen. An sich liege eine Bedrohung vor, jedoch sei sich der Angeklagte seiner berechtigten Erregung nicht bewußt gewesen, daher sei er aus subjektiven Gründen freizusprechen.

## Also keine „Veröhnung“?

Aus dem Vaterländischen Bauverein, in dem der Eigentümer Rumm sein Exzepter schwingt, berichteten wir in Nr. 308 über Bemühungen, die unbedingte Opposition unerschütterlich zu machen. Wir erwähnten, daß in der vom Verein schon vor einer langen Reihe von Jahren zwischen Streithof Straße und Hufschlammstraße errichteten Wohnhausgruppe auf einem der Höhe eine Hauswand mit Sägen aus jener Bottschaft Wilhelms I. von 1881 geziert ist, die im Kampf gegen die Sozialdemokratie Rott der bisherigen „Repressalien“ auch soziale Fürsorge verheißt, und daß wohl mit aus solchen Ermahnungen für die Häusergruppe der Namen „Veröhnungs-Privatstraße“ gewählt worden sei. Wir stellten fest, daß zu jenen den Bewohnern der Vereinshäuser wie ein Programm des Vereins vor Augen gerückten Sägen schlecht das Vorgehen

## Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 9. Juli.

Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Egon Jacobsohn: „Erfinderschieksale“. 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Engelhardt: „Die Entstehung der indischen Kultur“. 8.30 Uhr abends: Ergebnisse der Rundfrage im Anschluß an den Vortrag des Herrn Dr. Rothe am 18. Juni. 9—11 Uhr abends: Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister Carl Weitschach. 1. Die Ehrenwache, Marsch, von Lehnhardt. 2. Ouverture „Wann ich König war“, von Adam. 3. Geburtstagsständchen, von P. Lincke. 4. An der schönen blauen Donau, von Joh. Strauß. 5. Armeo-Marsch 113 (Petersburger). Während der Pause: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten. 6. Phantasie a. d. Oper „Martha“, von Flotow. 7. Herz an Herz, Gavotte, von Latann. 8. Lysistrata-Walzer, von P. Lincke. 9. Kathrin, Shimmy, von Fr. Loewe. 10. Febrbelliner Reitermarsch, von Henrion.

gegen einen sozialdemokratischen Bewohner paßt, der einer anderen Bewohnerin in ihrem Wohnungsstreit seinen Beistand gegen die Verwaltung geleistet hatte und den jetzt die Leitung des Vereins durch Ausschluß und Wohnungskündigung los zu werden sucht. In unserer Harmlosigkeit hatten wir geglaubt, daß Herr Rumm und seine Leute uns für diesen mahnennden Hinweis auf ihr „Veröhnungs“-Programm ihren tiefgefühlten Dank aussprechen würden. Zur großen Ueberraschung unserer Leser müssen wir jetzt melden, daß nach Veröffentlichung des „Borwärts“-Artikels plötzlich die Inskription durch dazu bestellte Bauarbeiter abgeblasen und die Inskription sauber verputzt worden ist, so daß man nicht die Spur mehr von Wilhelm I. und seiner Bottschaft bemerkt. Von wem mag diese Maßregel, die naturgemäß bei den Bewohnern der Häusergruppe großes Unbehagen erregt, veranlaßt worden sein? Soll das heißen, daß der Vaterländische Bauverein Rumm offen mit seinem Programm bricht? Das brächte die wünschenswerte Klarheit.

## Kundreise in der Riste.

### Systematische Vererbung von Tuchballen.

Ein raffiniertes Gaunerstückchen hatten der Koch Erich Schlonies und der Tischler Ernst Wegner zur Vererbung von Eisenbahnwägen ausgeklügelt. Wegner hatte sein Handwerk dazu ausgenutzt, kunstgerecht eine große Riste herzustellen, die infolge der einen ausgewachsenen Mann in sich aufzunehmen. Die Riste war mit einer Stahlfeder und sogar einer Toilettenrinne ausgestattet und ausgeputzt. Außerdem waren Handgriffe angebracht, an denen sich das lebende Frachtgut beim Umlippen der Riste festhalten konnte. Die Riste wurde nach Zeil befördert, und nachdem Schlonies hineingeklettert war, wurde sie nach Gera abgegeben. Die Gauner rechneten damit, daß auf der Strecke zwischen Zeil und Gera viele Tuchfabriken vorhanden sind und daß infolgedessen wertvolle Tuchsendungen unterwegs seien. Mit Hilfe einer nur von innen zu öffnenden, von außen nicht bemerkbaren Klappe kletterte Schlonies unterwegs heraus und füllte die Riste mit Tuchballen. Bei passender Gelegenheit verließ er den Eisenbahnwagen. In Gera wurde das Frachtgut in Empfang genommen und der Inhalt nach Berlin geschafft. Dieses Mauthand wurde wiederholt durchgeführt, bis durch einen unvorhergesehenen Zufall die Sache herauskam. Die zahlreichen Vererbungen der Frachtwägen hatten die dortigen Tuchfabriken veranlaßt, einen Ueberwachungsdienst einzurichten und die Kriminalpolizei vermutete, daß die Räuber zunächst ihre Beute als Handgepäck aufgeben würden. Als Wegner bei der Handgepäckausgabe erschien, um sein Reisegepäck, das er dort zur Aufbewahrung gegeben hatte, abzuholen, fiel er auf und wurde festgehalten. Da er sich nicht ausweisen konnte, wanderte er zunächst in Haft. Schlonies sollte bald von der Verhaftung seines Mitbeteiligten Wind bekommen und wogte nun nicht, die in Gera als Frachtgut lagernde Riste in Empfang zu nehmen. Nachdem sich längere Zeit niemand gefunden hatte, der die Frachtendung abholte, wurde die Riste geöffnet, und man fand in ihr geraube Tuchstoffe im Werte von mehr als Hunderttausend Mark, aber auch einen Frachtbrief, der zur Rücksendung an die Adresse Wegners nach Berlin bestimmt war. Angeht dieses Bestimmungsmaterial blieb Wegner nichts weiter übrig, als vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Geständnis abzugeben. Gegenüber der beantragten Zuchthausstrafe von drei Jahren machte R. A. Dr. Wendel geltend, daß der Angeklagte durch den ständigen Schlonies, der dessen Kollage ausgenutzt hätte, verführt worden sei. Das Gericht trug diesem Einwand Rechnung und erkannte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

## Kirchensteuer von Dissidenten.

Immer wieder wird darüber geklagt, daß Personen, die der Kirche abtrünnig geworden sind und schon vor Jahren bei dem Gericht in vorgeschriebener Form ihren Austritt aus der Kirche erklärt haben, noch lange nachher mit unberechtigten Kirchensteuerforderungen verfolgt und belästigt werden.

Aus den in letzter Zeit uns bekannt gewordenen Fällen sei erwähnt, daß ein in Neudöllin wohnendes Ehepaar noch im Juni 1924 mit einer Forderung von Steuern für die evangelische Kirche überfallen wurde, obwohl der Mann schon 1906 aus der evangelischen Kirche ausgeschieden und die Frau 1908, die ihrem Beispiel gefolgt ist. Bei der Personenstandsaufnahme, die alljährlich im Herbst zu Bestimmungszwecken stattfindet, hat der Mann nicht veräußert, für beide angegeben, daß sie Dissidenten sind. Aber auch das hat ihn nicht davor geschützt, noch mit einer Forderung belästigt zu werden, die er mit Kosten für Briefporto oder Fahrgehalt und mit Zeitverlust als unberechtigt nachweisen muß, weil man ja unberechtigte Steuerveranlassungen nicht einfach in den Papierkorb werfen kann. Ein anderer Fall spielt in Bichterfelde, wo ein vor 16 Jahren aus der evangelischen Kirche in vorgeschriebener Form ausgeschiedenes Ehepaar noch im Mai 1924 durch Wahnsinnig zur Zahlung von Kirchensteuern, offenbar für 1923, aufgefordert wurde. Der Mann ging zum Finanzamt, wurde von da zum Kirchenrat geschickt, erhielt hier die Antwort, das sei Sache des Finanzamtes, ging nochmals zum Finanzamt zurück und wurde schließlich abgesetzt mit dem Bescheid, die Sache sei erledigt. Weiser war es nicht, sondern schon nach etwa vier Wochen kam wieder eine Ueberraschung, diesmal ein Kirchensteuerbescheid, der zur Zahlung für 1924 aufforderte, wie wenn jener Einspruch gegen die Steuerforderung aus 1923 gar nicht zur Kenntnis genommen worden wäre.

Der nicht steuerpflichtige Staatsbürger ist gegen derartige Belästigungen anscheinend völlig wehrlos, wehrlos auch dagegen, daß die unberechtigten Kirchensteuerforderungen, wenn er unterlassen hat, seinen Einspruch vorchriftsmäßig und rechtzeitig anzubringen, durch Zwangsvollstreckung und Auspfändung beigetrieben wird. Auf dem Kirchensteuerbescheid steht über zu lesen, daß man binnen vier Wochen Einspruch erheben kann. Auch wer länger aus der Kirche ausgetreten ist, darf sich nicht zu der irrigen Annahme verleiten lassen, daß ihn ja die ganze Sache gar nichts mehr angeht. Nein, auch er muß nach Einspruch erheben, auch er muß Zeit und Kosten daransehen, ein Versehen aufzumachen, das nicht durch seine Schuld entstanden ist. Diese standstillen Zustände werden wohl nicht eher ein Ende nehmen, als bis durch Gesetzesänderung die Kirche genötigt wird, sich über ihren Bestand an Mitgliedern zu unterrichten und sich selber um die Eintreibung der Mitgliederbeiträge zu bemühen, wie das jeder Verein tun muß.

In dem Dissidentenverfahren gegen Stadtrat Stolt sollte gestern das Urteil verhandelt werden. Der Senat beschloß jedoch, neue Beweise zu erheben und beraumte neuen Verhandlungstermin auf den 26. September an.

Das Gericht von einem Morde war gestern im Süden der Stadt verurteilt. In der Lausitzer Straße 11 hauste für sich allein in einer Stube mit Kochgelegenheit ein 33 Jahre alter Arbeiter Hermann Hinz, der mit seiner Frau in Scheidungsklage lag. In dieser stand am gestrigen Dienstag der entscheidende Termin an. In der Nacht zum Dienstag wurden nun Nachbarn durch einen unangenehmen Geruch auf die Stube aufmerksam und fanden den Inhabenden mitten in der Stube in einer Blutlache auf dem Fußboden tot daliegen, ein glühender Revolver lag auf dem Leibe. Da nichts in der Behausung berührt war, so nahm man einen Selbstmord an. Als jedoch die Leiche nach dem Schauhaufe abgeholt wurde, stellten die Kriminalbeamten des Revolvers fest, daß aus dem Revolver gar kein Schuß abgefeuert, daß er vielmehr gefichert war. Die Leiche war schon so stark verwest, daß durch eine einfache Besichtigung keine Verletzungen mehr festgestellt werden konnten. Erst die Obduktion wird Gewißheit über die Todesursache bringen können.

**Der Massenmörder von Hannover.**

**Die hannoversche Polizei wird kontrolliert.**

Die seit einiger Zeit in Hannover schwebenden polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der wegen Nordverbrechen verhaftete Sexualverbrecher Paarmann im Laufe der letzten Jahre über zwanzig Nordtaten verübt hat. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, hat das für die polizeiliche Seite der Angelegenheit zuständige Preussische Ministerium des Innern eine eingehende Untersuchung angeordnet, die die Tätigkeit der hannoverschen Polizei einer Nachprüfung unterziehen wird.

**Groß-Berliner Parteinachrichten.**

- 1. Kreis Friedrichshagen. Funktionärinnenkonferenz Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, bei Hofen, Gubener Str. 19. Arbeiterwohlfahrts- und Kinderfreizeitvereine sowie die politischen Funktionärinnen sind eingeladen.
- 2. Kreis Kreuzberg. Elternbeirat: Donnerstag, den 10. Juli, 7 Uhr, Oberteufelstraße bei Wolf, Gröblich. 26. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Abteilungen sämtlicher aufgestellten Kandidaten mitbringen.
- 3. Kreis Wilmersdorf. Sonntag, den 13. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr pünktlich, Führung durch die große Kunsthalle. Treffpunkt Vorgarten Altröschli. Eintrittskarte 2 Pf. bei Eham, Auguststr. 6, und den Mitgliedern des Bildungsvereins.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Bezirksstelle Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim Danziger Str. 20, Hof 1 Treppe, die Monatsversammlung statt. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, pünktlich zu erscheinen.

**Heute, Mittwoch, den 9. Juli:**

- 73. Abt. 7 Uhr in der Schule Hohenlohestr. 10 Mitgliederversammlung.
- 74. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Gruppenabende: 1. Gruppe bei Schellbach, Rönigk-Allee/Str. 6; 2. Gruppe Dandlmannstr. 1; 3. Gruppe Dandlmannstr. 24.
- 75. Abt. Grunewald. 8 Uhr Abteilungsversammlung im Bobal Hindend, Dübenerdamm/Str. 10.
- 76. Abt. Friedenau. Im 4. bis 6. Bezirk spricht nicht Genosse Willberg, sondern Genosse Dandlmann.
- 77. Abt. Lichtenberg. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung mit den Bezirksführern im Parkhaus, Wilmersstr. 21.
- 78. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung in den bekannten Lokalen.
- 79. Abt. Marienfelde. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Schuler, Rixdamm 68. Wichtige Tagesordnung.
- 80. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung in der Schule Hohenlohestr. 10.
- 81. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Ruppel, Kaiser-Friedrich-Str. 171/17. Bezirk bei Belger, Kreuzstr. 23; 58. 81. und 85. Bezirk bei Fischer, Herderstr. 12; 84. Bezirk bei Wilmanns, Köpenicker Str. 7; 96. 98. und 99. Bezirk bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 111. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 112. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 113. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 114. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 115. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 116. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 117. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 118. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 119. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 120. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 121. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 122. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 123. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 124. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 125. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 126. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 127. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 128. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 129. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 130. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 131. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 132. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 133. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 134. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 135. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 136. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 137. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 138. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 139. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 140. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 141. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 142. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 143. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 144. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 145. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 146. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 147. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 148. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 149. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 150. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 151. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 152. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 153. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 154. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 155. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 156. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 157. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 158. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 159. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 160. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 161. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 162. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 163. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 164. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 165. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 166. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 167. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 168. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 169. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 170. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 171. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 172. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 173. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 174. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 175. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 176. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 177. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 178. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 179. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 180. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 181. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 182. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 183. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 184. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 185. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 186. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 187. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 188. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 189. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 190. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 191. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 192. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 193. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 194. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 195. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 196. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 197. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 198. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 199. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.
- 200. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Wilmersdorfer Str. 135.

**Morgen, Donnerstag, den 10. Juli:**

- 86. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Wilmanns, Rognitzstr. 27, Abteilungsversammlung. Remise des Vorhandes.
- 87. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung mit den Bezirksführern bei Regel, 1. Gemeindefeld.
- 88. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr beim Genossen Schaffner, Sebnitzstr. 2, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Schutz der Republik“.
- 89. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 7; 96. 98. und 99. Bezirk bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 90. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 91. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 92. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 93. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 94. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 95. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 96. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 97. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 98. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 99. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 100. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 101. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 102. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 103. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 104. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 105. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 106. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 107. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 108. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 109. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 110. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 111. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 112. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 113. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 114. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 115. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 116. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 117. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 118. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 119. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 120. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 121. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 122. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 123. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 124. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 125. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 126. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 127. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 128. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 129. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 130. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 131. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 132. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 133. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 134. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 135. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 136. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 137. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 138. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 139. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 140. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 141. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 142. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 143. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 144. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 145. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 146. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 147. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 148. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 149. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 150. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 151. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 152. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 153. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 154. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 155. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 156. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 157. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 158. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 159. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 160. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 161. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 162. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 163. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 164. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 165. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 166. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 167. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 168. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 169. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 170. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 171. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 172. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 173. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 174. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 175. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 176. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 177. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 178. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 179. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 180. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 181. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 182. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 183. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 184. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 185. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 186. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 187. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 188. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 189. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 190. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 191. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 192. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 193. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 194. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 195. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 196. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 197. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 198. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 199. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.
- 200. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Abteilungsversammlung bei Wilmanns, Köpenicker Str. 22; Wohnung bei Wilmanns.

**Jugendveranstaltungen.**

Kammlungen zum Ferienaufenthalt (für die Zeit nach dem 20. Juli) im Sandstein in Hennersdorf werden noch im Jugendferienort, Stabenstr. 2, Hof 2, Zimmer II, entgegengenommen.

**Heute, Mittwoch, den 9. Juli:**

Kampfbild: Jugendheim Kasern Germanenstr. 4-6, Vortrag: „Jugendheim Kasern“. — Ferienheim: Jugendheim Berliner Str. 45, Vortrag: „Das Jugendheim“. — Jugendheim: Jugendheim Berliner Str. 10, Vortrag: „Wie und die Jugendheim Kasern“.

**Arbeitersport.**

**SPD-Sportler, seid auf der Hut!**

Aus Kreisen sozialdemokratischer Sportlerinnen wird uns geschrieben: Als unser Verein sich dem Kartellbezirk 4 anschloß und ich als Vertreterin wurde, war es meine erste Frage in der Kartell-

zung, warum die Kd. im Kartell vertreten ist. Darauf wurde mir erklärt, daß das Sportkartell eigentlich ein Sport- und Kulturkartell sei und alle Kulturorganisationen umfassen soll. Ich fragte nun, warum die Kd. (Arbeiter-Jugend) und der Samariter-Bund nicht zum Kartell gehören, was doch auch Kulturorganisationen sind? Darauf wurde mir erklärt, die Kd. hat keine Vertreter ins Kartell geschickt, wird wohl also auch kein Interesse an der Mitarbeit haben, und der S.B. geht ins bürgerliche Lager über. Beweis — seine Mithilfe bei der bürgerlichen Sportwoche. Warum sind denn nun unsere Genossen so nachlässig und lassen sich alles von den Kommunisten aus den Fingern nehmen. Zur Sportwoche war ausdrücklich das Mitbringen von Fahnen verboten, was der Kartellvorsitzende schriftlich hat unterzeichnet müssen. Als ich aber sagte, daß wir vom Ueberstich eine republikanische Fahne anschaffen wollen, wurde ich nicht nachträglich in der nächsten Sitzung den Antrag einreichen, wurde ich nicht ausgesagt, weil die Kommunisten dagegen sein werden. In der Kartellung wurde auch allen Vereinen verboten, mit irgendwelchen Zeitungen zu handeln. Die Kd. hat sich nicht daran gehalten, ebenfalls hat der Kartellvorstand nichts davon zu wissen geteilt, daß für die rote Fahne gesammelt wurde. Das war auch eine Eigenmächtigkeit. Die größte Gemeinheit aber war, daß man auf dem Plakate Bindfaden mit Papierfäden gezogen hatte, die die Form des Sowjetsterns hatten, was aber den meisten nicht aufgefallen sein dürfte. Ferner fehlte im Programm der Schwimmverein „Vorwärts“, hat man den absichtlich vergessen? Meine Zeiten sollen nur dazu beitragen, unsere Genossen aufzuräumen, gemeinsam an der Arbeit teilzunehmen und nicht den Kommunisten alles gleichgültig zu überlassen. Denn die Kommunisten streben in der gesamten Arbeiterbewegung mehr denn je danach, soviel wie möglich an sich zu drängen und die Posten mit ihren Genossen zu besetzen. Also Arbeiterportler der SPD, Augen auf, seid auf der Hut!

Arbeitersport- und Sportbund, 1. Kreis. Das Kreisfest in Spandau ist nun in allerhöchster Eile gerückt und es gilt die letzte Hand an alles Organ zu legen. Das gilt besonders für die allgemeinen Festlichkeiten. Der Reichsarbeiterporting wie auch die Proben in den einzelnen Stadtteilen liegen sowohl in der Vorbereitung als auch in der Ausführung viel zu wünschen übrig, ein Zeichen, daß zu wenig geübt worden ist. Für alle Groß-Berliner Vereine findet darum am Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Dominikus-Sportplatz in Schöneberg, Schöndamm, eine Zusammenkunft statt. Fortsetzung der Ringbahn bei Spandau, von dort durch die Unterführung bis zum Reichsporting.

Arbeitersport- und Sportbund, 1. Kreis. In der Zeit vom 24. bis 31. Juli veranstaltet das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Schöneberg eine Sportausstellung. Es stellen aus: Touristenverein „Die Natur-

**Preisnotierungen für Nahrungsmittel.**

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	15,75—19,00	Röstgetreide, lose ..	15,50—17,50
Gerstengrütze, lose ..	14,50—15,00	Kakao, fettarm ..	80,00—90,00
Hafergrütze, lose ..	16,00—16,5	Kakao, leicht entölt ..	90,00—110,00
Hafermehl 0/1 ..	11,50—12,75	Tee, Souchon, gepackt ..	350,00—400,00
Weizenmehl ..	21,50—24,50	Inlandszucker basis Mel ..	32,75—34,00
Hafermehl ..	13,00—14,25	Inlandszucker Raffinade ..	34,00—36,00
Weizen-Ausgangmehl ..	15,00—21,00	Zucker Würfel ..	39,00—42,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	12,25—14,75	Kunsthonig ..	25,00—30,00
Speiseerbsen, kleine ..	8,75—11,75	Zuckersirup hell in Elm ..	38,00—43,00
Bohnen, weiße, I. Art ..	20,00—24,00	Speisesirup dunkl. in Elm ..	25,00—29,00
Langbohnen, handverles ..	27,00—30,50	Marmelade Einf. Erdb. ..	80,00—95,00
Linzen, kleine ..	20,00—29,50	Marmelade Vierfrucht ..	35,00—40,00
Linzen, mittel ..	31,00—37,50	Pflaumenmus in Elmern ..	37,00—40,00
Linzen, große ..	39,00—46,00		





Die Revision im Zeigner-Prozess verworfen.

Leipzig, 8. Juli. (DDZ.)

Die Revisionsverhandlung im Zeigner-Prozess fand unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Stöckel in Anwesenheit eines Vertreters der Staatsanwaltschaft und der beiden Verteidiger Zeigners, Marschner und Dr. Frank, statt. Der Zuhörer-raum war dicht gefüllt. Zunächst wurde die ausführliche Begründung des Urteils verlesen, in dem das Landgericht Dr. Zeigner zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt hatte. Der erste Fall, gegen den sich die Revision der Verteidigung richtet, ist die Verurteilung wegen der Aktenvernichtung, die Dr. Zeigner als Militärsekretär 1918 begangen hatte. Er hat die militärischen Akten in einem Wehlschiebungsoverfahren gegen Möbius verbrannt, weil er selbst von Möbius Rekl genommen hatte und fürchtete, beim Fortgang des Verfahrens kompromittiert zu werden. Dieses Vergehen war 1923 verjährt gewesen. Das Amtsgericht verneinte die Verjährung, weil durch die Wahl Zeigners zum Abgeordneten und die Immunität die Verfolgungsmöglichkeit und damit die Verjährungsfrist unterbrochen worden sei. In der Urteilsbegründung heißt es: Wenn auf diese Weise der Abgeordnete schlechter gestellt sei als ein anderer Bürger, so sei es nicht Sache des Gerichts, sondern der Gesetzgebung, diese Sache aufzuheben.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein gegen die Freisprechung im Falle Trommer. Trommers Begnadigung war schon vom Kabinett beschlossen worden, ohne daß Trommer etwas davon wußte. Möbius benutzte diese Kenntnis dazu, von Trommer Geld zu erpressen, mit der Behauptung, sonst würde nichts aus der Begnadigung. Das Gericht nimmt in diesem Falle nicht an, daß Möbius im Einverständnis mit Dr. Zeigner gehandelt habe, während der Oberstaatsanwalt gemeinschaftliche Erpressung annimmt. Die Staatsanwaltschaft rügt weiter die Freisprechung im Falle Friedrichsen-Tromppler. Diese Nummern hatten durch Möbius in Zeigners Wohnung Geld und Schmuckstücke für eine Begnadigung niedergelegt und Dr. Zeigner hatte sie erst nach einigen Tagen Möbius zurückgegeben, mit dem Auftrag, die Sachen den Gebern zurückzugeben. Diesen Auftrag hat Möbius nicht ausgeführt. Das Gericht sieht in Zeigners Verhalten keine „Annahme“ der Geschenke, wohl aber der Oberstaatsanwalt.

Von Brandt soll Dr. Zeigner Geld und eine Gans genommen haben, während Dr. Zeigner angab, er habe diese Geschenke eigentlich nicht angenommen und übrigens durch Möbius sofort zurückgeschickt. Im Urteil wird betont, Brandt habe seine Befundungen auf dem Stierbett gemacht und in solcher Lage pflegt man die Wahrheit zu sagen. Wenn also in diesem Falle die Begnadigung Brandts den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten nicht widersprochen habe, so werde Dr. Zeigner in diesem Falle noch dadurch belastet, daß er in einem Aktenvermerk der Wahrheit zuwider von einem Besuch Brandts sprach, das tatsächlich gar nicht vorlag.

In der Begründung des Strafmaßes wird zugunsten Dr. Zeigners ausgeführt, er sei zum Vossien als Justizminister durchaus ungeeignet gewesen. Auch in seiner Partei sei er als ein Mann angesehen worden, bei dem der Verdacht eines profitstiftlichen Gewinners gerade für seine Parteigenossen nicht ausgeschlossen war, das sei ihm als mildernder Umstand angedreht worden.

Die Rüge gegen ein der Strafprozessordnung widersprechendes Verfahren des Landgerichts bei der Entscheidung über den gegen drei Richter gerichteten Ablehnungsantrag wird folgendermaßen begründet:

Nach Feststellung des Ablehnungsantrags hat der ganze Gerichtshof den Sitzungssaal verlassen, nicht bloß die drei abgelehnten Richter. Die Sitzung war demnach zunächst beendet. Nunmehr sind im Beratungszimmer drei Ersatzrichter zugezogen worden, und es wurde der Antrag abgelehnt. Die Personen dieser Ersatzrichter sind den übrigen Prozeßbeteiligten erst bekannt geworden, als sie nach Abschluß der Beratung zusammen mit den beiden nicht abgelehnten Richtern den Sitzungssaal betraten. Auch dies war unzulässig, weil damit den Angeklagten die Möglichkeit genommen wurde, den einen oder anderen Ersatzrichter abzusehen. Die Kammer hätte sich nicht außerhalb, sondern innerhalb des Sitzungssaals ergänzen müssen. Unzulässig sei weiter, daß in der Urteilsbegründung betont wird, der Belastungszeuge Brandt sei inzwischen gestorben, dadurch gewänne die am Sterbepult abgegebenen Aussagen an Glaubwürdigkeit; der erst nach der Urteilsverkündung eingetretene Tod des Brandt hätte in der Urteilsbegründung nicht verwertet werden dürfen.

In der Nachmittagsitzung wurden die Revisionschriften von den Verteidigern mündlich ergänzt. R.-A. Marschner äußerte sich kurz zu den prozessualen Rügen. Man habe die

Verteidigung des Angeklagten dadurch beschränkt, daß er keine Gelegenheit hatte, die zur Entscheidung über den Befangenheitsantrag zugezogenen Ersatzrichter abzusehen. Wenn in diesem Falle die Kammer in der Befragung von fünf Richtern über den Ablehnungsantrag entschied, so widerspreche das der klaren Entscheidung des Reichsgerichts. Der Vorsitzende habe wiederholt die prozessualen Vorschriften verletzt, indem er Vortrag aus den Akten hielt. Wenn im Fall Brandt, dem einzigen Bestechungsfall, aus dem Dr. Zeigner verurteilt wurde, das Gericht sich auf Verlesung des Protokolls der früheren Vernehmung dieses Belastungszeugen beschränkte, so widerspreche das der Strafprozessordnung. Der Richter habe den Zeugen nicht veranlaßt, sich im Zusammenhang zu äußern, sondern habe ihm nur die Protokolle früherer Vernehmungen zur Klärung vorgelesen. Die Zeugenvernehmung des Majors Tromppler und anderer Zeugen sei vom Gericht mit einer Begründung abgelehnt worden, die tatsächlich unhaltbar sei. Im Falle Brandt habe sich das Gericht ausgesprochen, Dr. Zeigner sei wohl zuzutrauen gewesen, daß er Geschenke annehmen wolle, während das Gericht in anderen Fällen unter Berufung auf die Beweisaufnahme ausdrücklich die Ueberzeugung auspricht, Dr. Zeigner sei nicht ein Mann, der von Haus aus auf persönliche Bereicherung ausgehe. R.-A. Marschner geht dann auf die für die Beurteilung wegen Aktenvernichtung wichtige Frage ein, ob

die Verjährungsfrist

tatsächlich durch Immunität durchbrochen werde. Wenn das Reichsgericht in einer Entscheidung von 1900 diese Frage bejaht hat, so wäre es jetzt, nach 24 Jahren, an der Zeit, eine neue Entscheidung zu fällen, um dem Geist des Gesetzes besser gerecht zu werden. Außerdem sei im Fall Zeigner der Staatsanwaltschaft über die Verjährung bis zum Ablauf der normalen Verjährungsfrist fast nichts bekannt gewesen.

R.-A. Dr. Frank-Dortmund geht noch einmal auf die Ablehnung der Vernehmung des Majors Tromppler ein; für die Beurteilung Zeigners sei das von höchster Bedeutung gewesen. Die Verteidigung ging davon aus, daß

Zeigner nicht aus Gewinnlust handelte, sondern lediglich ein schwaches Opfer des Erpressens-Möbius

war. Dr. Zeigner müßte ganz anders beurteilt werden, wenn man dem Zeugen Weiner glaubte, daß Zeigner ihm schon vorher die Vernichtung von Akten angeboten hätte. Die Nichtvernehmung des Majors Tromppler, dessen Aussagen die Un glaubwürdigkeit Weiners bewiesen hätte, haben also Zeigner sehr geschädigt.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Landgerichtsrat Richter äußerte sich kurz zu den prozessualen Rügen. Die Strafkammer sei durchaus berechtigt gewesen, in einer Befragung von fünf Richtern über den Ablehnungsantrag zu entscheiden. Es kommt auch nicht darauf an, ob die Kammer innerhalb oder außerhalb des Sitzungssaals sich ergänzte. Die

Strafkammer habe aber insofern einen Verstoß begangen, als sie nach dem Wiedereintritt in den Saal den Parteien nicht Gelegenheit zur Äußerung gegeben habe, aber das stehe nicht im Zusammenhang mit dem Urteil. Die Staatsanwaltschaft habe noch weniger Anlaß zur Rüge aus diesem Grunde, denn sie habe gar keinen neuen Ablehnungsantrag gestellt. Zur zwangsweisen Vor-

Reinhold Wulle.



Siegfried vom Scheitel bis zur Sohle.

führung des Zeugen Schmerler, eines Ausländers, habe das Gericht keine Handhabe gehabt. Die Verlesung des Briefes von Schmerler, der im Urteil gar nicht verwertet wurde, sei kein Revisionsgrund. Der Vortrag aus den Akten sei ohne Bedeutung, weil die Akten nicht als Erfah der Zeugenauslage verwertet worden. Durch die Nichtvernehmung des Majors Tromppler sei die Verteidigung nicht beschränkt worden. Der in der Urteilsbegründung angegeblich vorhandene Widerspruch in der Beurteilung Zeigners bestehe tatsächlich nicht; man kann sehr gut allgemein die guten Charakteranlagen eines Menschen anerkennen, ohne damit zu sagen, daß er in keinem Falle aus Gewinnlust handeln könne. Die Einwände gegen die Verwertung der kommissarischen Vernehmung des Belastungszeugen Brandt sind nicht stichhaltig. Wenn ein Zeuge wegen Krankheit nicht in der Lage ist, eine zusammenhängende Darstellung zu geben, dann ist das Gericht verpflichtet, auf dem in diesem Fall eingeschlagenen Weg zum Ziele zu kommen, wenn es keinen Revisionsgrund schaffen will. Brandt ist sehr eingehend vernommen worden; in einem Falle sogar von mittags bis 7 Uhr abends. Die Erwähnung des inzwischen eingetretenen Todes des Brandt in der Urteilsbegründung unterliegt nicht der Nachprüfung des Reichsgerichts. Außerdem ist diese tatsächliche Feststellung ohne Einfluß auf das Urteil gewesen. Landgerichtsrat Richter kam zu dem Schluss, daß die Revisionsrügen unberechtigt seien.

In der Entgegnung der Verteidiger wurde besonders die Verlesung des an den Untersuchungsrichter gerichteten Briefes des nicht-erfahrenen Zeugen Schmerler als schwerer Verstoß gegen die Strafprozessordnung bezeichnet.

Hierauf begründete R.-A. Dr. Frank

die materiellen Rügen

gegen das Urteil im Falle der Aktenvernichtung, daß die tatsächlich eingetretene Verjährung nur deshalb verneint wurde, weil die Verjährungsfrist Zeigners unterbrochen war.

§ 69 sagt: „Die Verjährung ruht während der Zeit, in welcher auf grundsätzlicher Vorchrift die Strafverfolgung nicht begonnen oder nicht fortgesetzt werden kann.“

Das kann sich natürlich bei Abgeordneten nur auf die Fälle beziehen, die der Staatsanwaltschaft bekannt sind. Das Strafgesetz will die Abgeordneten nicht dadurch besser stellen als andere, daß sie die Verjährungsfrist alsdann wieder laufen läßt, wenn der Anklagebehörde durch die Immunität die Verfolgung unmöglich gemacht ist. Das Strafgesetz will aber den Abgeordneten nicht schlechter stellen als andere Bürger. Die Auslegung, die die Strafkammer im Zeigner-Prozess dem § 69 gibt, würde zu einer solchen Schlechterstellung führen. Dabei könnte ein alter Parlamentarier wegen einer Jugendtatsunde, die der Staatsanwaltschaft diese Jahrzehnte lang unbekannt blieb, also bei anderen Bürgern längst verjährt wäre, noch als Kreis zur Verantwortung gezogen werden. Das Urteil der Strafkammer irre auch darin, das dem Angeklagten von der Verjährungsfrist die gesamte Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit abzieht, indem es einfach die Wahlperiode mit der Sitzungsperiode gleichsetzt. Nach der Reichsverfassung gilt die Immunität nur für die Sitzungsperiode. Dieses Reichsrecht geht dem Landesrecht vor, selbst wenn sich die sächsische Landesverfassung über diesen Standpunkt weniger klar ausdrückt.

Die Verurteilung wegen der Aktenvernichtung ist auch deswegen zu rügen, weil im Urteil in keiner Weise festgestellt ist, daß die 1918 in der Bataillonssekretärstube befindlichen Akten des Kriegsgerichts sich dort in amtlicher Aufbewahrung befanden, wie es die Verurteilung voraussetzen mußte.

Im Falle Brandt

Ist Dr. Zeigner wegen der Annahme von Geld und einer Gans verurteilt worden. Beide Zuwendungen sind ihm für dieselbe Amtshandlung gemacht worden, sie dürften also im Urteil nicht als zwei selbständige strafbare Handlungen bewertet werden. Es ist auch in diesem Falle zu Unrecht eine pflichtwidrige Amtshandlung angenommen worden. Es ist zweifelhaft, ob man eine Begnadigung überhaupt als Amtshandlung im gewöhnlichen Sinne betrachten kann, denn gerade der Gnadenakt ist nur vom subjektiven Ermessen abhängig. Eine pflichtwidrige Amtshandlung könnte nur dann nicht vorliegen, wenn Zeigner sich bestechen ließ, um eine Begnadigung durchzuführen, die er eigentlich nicht durchführen durfte. Es steht aber fest und wird auch im Urteil zugegeben, daß er die Begnadigung im Falle Brandt nach den bestehenden Grundgesetzen pflichtmäßig vornehmen mußte, demnach hätte Dr. Zeigner Zuwendungen nicht für eine pflichtwidrige, sondern für eine pflichtmäßige Amtshandlung genommen. Der sächsische Aktenvermerk, mit dem er später den Widerstand des Wirtschaftsministers brechen wollte, konnte seine Handlung

nicht zu einer pflichtwidrigen machen, denn bei Annahme der Geschenke hatte er ja noch gar nicht an einen etwaigen Widerstand des Wirtschaftsministers gedacht. Die Beurteilung wegen Bestechung ist also irrtümlich begründet.

Landgerichtsrat Richter wandte sich als Vertreter der Reichsanwaltschaft gegen die rechtliche Auffassung der Verteidigung über die Verjährungsunterbrechung. Nach der geltenden Rechtsprechung und nach dem Wortlaut des § 69 ruhe zweifellos die Verjährung ohne Einschränkung der Abgeordneteneigenschaft des Täters. Die Art der Anrechnung entspreche durchaus der sächsischen Verfassung.

Die Begnadigung ist zweifellos eine amtliche Handlung. Man kann sie jetzt unter der republikanischen Staatsform nicht mehr als einen Souveränitätsakt betrachten.

Nach der sächsischen Verfassung handelt auch bei dieser Amtshandlung ja der Minister unter eigener Verantwortung. Dr. Zeigner nahm von Brandt die Geschenke als Gegenleistung für die von ihm erwarbete pflichtwidrige Handlung. Darin ist das Urteil unangreifbar. Zur Erreichung desselben Zweckes sind verschiedene selbständige strafbare Handlungen nicht abgeschlossen. Die materiellen Rügen sind demnach unberechtigt. Was die Revision der Staatsanwaltschaft betrifft, so scheint im Falle Friedrichsen die Freisprechung nicht ausreichend begründet zu sein. Das Urteil sagt, eine „Annahme“ liege nicht vor, weil Dr. Zeigner das Geschenk nur einige Tage behalten und dann wieder zurückgegeben hat. Es kann aber zur Feststellung der passiven Bestechung nicht auf die Zeit ankommen bis zur Zurückgabe der einmal angenommenen Geschenke. Im Falle Brandt sind die angenommenen Geschenke ja in viel kürzerer Zeit zurückgegeben worden.

Im Falle Schmerler ist der Annahmegriff auch verkannt worden. Es ist auch zweifelhaft, ob es sich in diesem Falle nicht doch um eine Amtshandlung handelte.

Zusammenfassend beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft erstens die Revision der Angeklagten nicht zu verwerfen, zweitens auf die Revision der Staatsanwaltschaft in das Urteil nachzuprüfen, soweit es in dem Falle Friedrichsen-Schmerler auf Freispruch lautet. In diesem Falle wäre das Urteil an das jetzt zuständige Gericht erster Instanz zurückzuverweisen. Im übrigen ist auch die Revision der Staatsanwaltschaft zu verwerfen.

R.-A. Marschner widerspricht dem Vertreter der Reichsanwaltschaft und beantragt die Verwerfung der Revision der Oberstaatsanwaltschaft.

Senatspräsident Dr. Stöckel schloß dann die Verhandlung mit der Erklärung, der Senat müsse sich erst schlüssig werden, ob die Entscheidung noch heute oder erst morgen verkündet werden kann.

Nach dreieinhalbstündiger Beratungspause verkündet Senatspräsident Dr. Stöckel das Urteil, das auf

Verwerfung der von den Angeklagten und von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision lautet.

Zur Urteilsbegründung führte er aus: Der Senat hat zunächst die Verfahrensrüge für unbegründet erachtet. Das gilt insbesondere von der Beschwerde über die unrichtige Behandlung des Ablehnungsgesuches durch die zahlreichen Urteile des Reichsgerichts, die sich auf die Befragung des Gerichts mit drei oder fünf Richtern beziehen. Die Vorstellung von der Notwendigkeit der Befragung des betreffenden Gerichts ist einigermaßen verstanden worden, weil die Fälle die zahlreicher waren, in denen die Gerichte mit drei Richtern besetzt waren. Es ist aber daran festzuhalten, daß in dem Rahmen der Hauptverhandlung, auch wenn es sich im einzelnen nicht um die Ermittlung der Schuld oder Straftaten handelte, alle diejenigen Angelegenheiten gehören, welche einen sachlichen Zusammenhang mit ihr haben. Beispielsweise Haftbefehle, Beschlagnahmen, insbesondere aber auch die Erledigung eines Ablehnungsgesuches im Hauptverfahren. Es ist also das Regelrecht, daß dieses Ablehnungsgesuch in der Zusammenlegung der Strafkammer mit fünf Mitgliedern erledigt wird. Das Reichsgericht hat nur zugesehen, daß unter Umständen eine Befragung von drei Mitgliedern zulässig ist, und zwar war der maßgebende Gesichtspunkt dabei der, daß das Ablehnungsgesuch und seine Behandlung Anlaß geben könnten zur Vertagung in der Sache. In einem solchen Falle würde das reine Beschlußverfahren eintreten in der Befragung mit drei Mitgliedern. Das Reichsgericht hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß es auf eine förmliche Vertagung nicht ankommt, sondern eine Unterbrechung stattfinden kann. Dann tritt das Beschlußverfahren ein, und das hat nur die Besonderheit, daß der Beschluß nicht ausgefertigt und durch Zustellung bekanntgemacht wird, sondern auf Grund der allgemeinen Vorschrift des § 35 der alten Fassung durch Verkündung, so daß sich auf diese Weise die Behandlung des Ablehnungsgesuches innerhalb des Rahmens der Hauptverhandlung erledigt. In unserem Fall ist die Sache nach der Regel behandelt worden, die Befragung mit fünf Mitgliedern ist also innegehalten worden. Wenn geltend gemacht wird, daß es ein Fehler war, daß die Umwandlung in das neue Kollegium sich nicht unter den Augen der Angeklagten vollzogen hat, so ist diese Bemänglung hinfällig. Es besteht kein Rechtsstandpunkt, wonach eine solche Umwandlung im Angesicht der Angeklagten zu erfolgen hat. Die Rechte des Angeklagten werden auch durch das vom Vorderrichter angewandte Verfahren nicht verletzt. Ein Anspruch darauf, daß vor jeder Entscheidung das Gericht den Prozeßbeteiligten mitteilt, in welcher Weise die Kammer zusammengesetzt sein wird, besteht nicht. Die Angeklagten hoffen, auch beim Eintritt des Gerichts, noch die Möglichkeit zu haben, ein Ablehnungsgesuch zu stellen. Das ist nicht geschehen. Es trifft auch nicht zu, daß die Befragung mit fünf Mitgliedern nur stattfinden könnte, wenn über die Sache verhandelt worden wäre.

Eine besondere Verhandlung ist nicht vorgeschrieben.

Nach den Erklärungen der Partei steht fest, daß das Gericht sachlich erschöpfend behandelt worden ist. Wenn aus den Akten Vortrag gehalten wird, so entspricht das der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Irrelevantes Tatsachen, aus denen sich die Unzulässigkeit in diesem besonderen Fall ergibt, sind nicht behauptet worden.

Was in bezug auf die

Behandlung des Falles Brandt

vorgebracht wurde, ist ebensowenig begründet. Es war unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt nicht möglich, daß der Zeuge Brandt veranlaßt wurde, sich im Zusammenhang zu erklären, nachdem sich durch das Sachverständigengutachten und den Augenschein ergeben hatte, daß es sich um einen fast sterbenden Mann handelte, der erklärte, er könne im Zusammenhang die Sache nicht mehr darstellen. Im übrigen konnte aber eine etwaige Verlesung des § 69 eine Revisionsbeschwerde nicht zugrunde liegen, weil das nur eine Ergänzungschrift ist. Eine Verlesung des § 250 kommt auch nicht in Frage, weil er sich auf die Verlesung der Aussagen bezieht, die in der Hauptverhandlung vorgebracht werden.

Ebensowenig sind die Rügen begründet, die in dem Falle Schmerler

anknüpfen. Schmerler war als Zeuge nicht erschienen, deshalb kein herangezogenes Beweismaterial. Von Amts wegen war nicht erforderlich, einen Versuch zu machen, den Schmerler zu laden. Es wäre vielleicht Sache der Prozeßbeteiligten gewesen, einen dahin-

lebenen Antrag zu stellen, und das ist nicht geschehen ebensowenig gibt die Behandlung des Briefes von Schmeier nicht dem Untersuchungsrichter zu Bedenken irgendwelchen Anlaß. Der Brief ist nicht zum Gegenstand eines selbständigen Urkundenbeweises gemacht worden — sondern lediglich zur Grundlage eines Teiles der Vernehmung des Angeklagten Zeigner. Es ist der Briefinhalt nicht durch den Brief für festgelegt zu erachten, sondern es sind lediglich auf Grund des Briefes die Erklärungen des Angeklagten Zeigner entgegengenommen worden. Das war vollkommen berechtigt. Aus dem Urteil ergibt sich, daß der Brief nicht als Beweisquelle betrachtet worden ist. Auch

#### die Ablehnung des Zeugen Trompler

ist unbedenklich. Der Vorderrichter begründete die Ablehnung damit, daß der Zeuge Trompler die Tatsachen, die unter sein Zeugnis gestellt worden waren, gar nicht hätte begründen können. Diese Stellungnahme ist nach der Auffassung des Reichsgerichts und der feststehenden Rechtsprechung unter Umständen durchaus gerechtfertigt. Es ist nach der Lebenserfahrung und den Umständen des Falles immer zu prüfen, ob ein Beweismittel gänzlich aussichtslos ist und zwecklos ist. Die Feststellung, daß im Vorzimmer Zeigner immer in Gesellschaft eines anderen Soldaten war, hätte der Major, nachdem so viele Jahre vergangen sind, gar nicht machen können; er hätte nur angeben können, daß er eine solche Anordnung getroffen habe. Ebenfalls hätte Major Trompler bezeugen können, ob Dr. Zeigner außerordentlich zu Unrecht von anderen „Befreiter“ genannt worden ist. Wenn in dem Urteil der Tod des Zeugen Brandt, der erst nach der Urteilsverkündung eingetreten ist, erwähnt wird, so wird diese Tatsache doch nicht als Beweisgrund für irgendeine Feststellung anzusehen.

Die Rechtsmängelhaftigkeit liegt darin, daß das Gnadenrecht seitens des Bestohlenen in einer bestimmten Richtung ausgeübt wird, um so einer Gegenleistung für das ihm zuteil gewordene Geschenk zu bieten. Wenn der Berechtigter die Bestechung dadurch in Frage stellen will, daß er meint, es handele sich um ein Gnadenrecht, das ganz im Rahmen des Rechts ordnungsmäßig erledigt worden ist, so ist dieser Standpunkt rechtsirrig. Bei dem Begriff der Bestechung kommt es darauf an, ob die Handlung, die von dem Beamten ausgeführt wurde, erstens eine Amtshandlung ist und zweitens eine pflichtwidrige Amtshandlung ist und ferner nach der Inhaltsseite, daß der zu bestechende Beamte die Pflichtwidrigkeit kennt. Auf beiden Seiten des Bestechenden ist wesentlich erforderlich, daß er eine Vorteilung davon hat, daß es sich um eine Amtshandlung handelt, obgleich er von der Pflichtwidrigkeit der Amtshandlung keine Kenntnis zu haben braucht.

In unserem Falle ist festgestellt, daß Zeigner sehr wohl gewußt hat, durch die Vorteile, die ihm seitens des Brandt gewährt wurden, eine für Brandt günstige Stellungnahme in der Begnadigungsangelegenheit herbeizuführen.

Es kommt nicht darauf an, ob die von Zeigner vorgenommene Amtshandlung ordnungsgemäß den bestehenden Regeln und Anweisungen entsprechend ausgeführt werden konnte; der Tatbestand der tatsächlichen Bestechung war vollendet mit der Entgegennahme der betreffenden Vorteile in Kenntnis des Zweckes, zu dem dieser Vorteil gewährt wurde. Der Senat hat auch die Revision der Staatsanwaltschaft nicht als begründet erachten können; es können allerdings Zweifel entstehen, ob der Vorderrichter mit seinen Feststellungen sachlich das Richtige getroffen hat. Der äußere Schein und Eindruck einer Bestechung liegt allerdings vor, aber darauf kommt es allein nicht an, es muß vielmehr der äußere Tatbestand der Bestechung festgestellt sein. Es kommt darauf an, daß der zu Bestechende

#### den Vorteil auch wirklich wahrgenommen

hat. An der Feststellung der Annahme fehlt es in erheblichem Umfange zunächst im Falle Friedrichsen-Prüfer. Geschenke sind ohne Zeigners Wissen in seinen tatsächlichen Besitz gekommen. Der Umstand allein, daß er von der Ableseung der Sachen Kenntnis erhielt, verändert nicht seineswegs die Annahme im Sinne des Befehles. Sie wurde auch dadurch nicht verwirklicht, daß der Angeklagte sich zunächst im wirklichen Besitz dieses Bestechungsgutes befand, er war durch die gegebenen Verhältnisse lediglich vor den Entschluß gestellt, ob er die Gegenstände behalten solle oder nicht. Eine gesetzliche Vorschrift dahin, daß sie etwa sofort und unverzüglich zurückgegeben werden müssen, gibt es nicht. Es ist vielmehr Rücksicht zu nehmen auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Verkehrs, auf die allgemeine Lebenserfahrung und insbesondere auf die Umstände des einzelnen Falles; dabei ist auch Rücksicht zu nehmen auf die geistigen Fähigkeiten und die Charaktereigenschaften des Täters. Es konnte also in der Tat nach dieser Richtung auf die psychopathische Veranlagung des Angeklagten Rücksicht genommen werden. Der Vorderrichter ist dann zu dem Schluß gekommen, daß der Angeklagte zu dem Entschluß gekommen war, diese Geschenke wieder loszumachen, daß darüber einige Tage verstrichen, spielt keine Rolle. Im Falle Schmeier liegt allerdings die Zuwendung eines Vorteils durch die besonders billige Lieferung des Besatzers vor. Das geschah aus dem Grunde, daß Dr. Zeigner die Aufenthaltsgenehmigung für Schmeier befürwortet sollte. Der Senat ist aber in Übereinstimmung mit dem Vorderrichter der Auffassung, daß es sich hierbei nicht um eine Amtshandlung von Dr. Zeigner handelte, weil er für die Behandlung nicht zuständig war und lediglich durch seine Befürwortung auf den Minister des Innern einwirken konnte. Deshalb rechtfertigt sich die Freisprechung des Angeklagten in diesen beiden Fällen. Bezüglich der übrigen Freisprechungen hat die Staatsanwaltschaft keine Ausführungen gemacht. Sie gaben auch in keiner Weise zu Bedenken Anlaß.

Aus diesem Grunde hat der Senat folgendes Urteil beschlossen: Die Revision gegen das Urteil des Landgerichts zu Leipzig vom 29. März 1924 werden verworfen. Jedem Angeklagten werden die Kosten dieses Rechtsmittels auferlegt. Die Kosten des Rechtsmittels der sächsischen Staatsanwaltschaft hat die sächsische Staatskasse zu tragen.

## Wirtschaft

### Preisabbau und Schleudersfabrikation.

Der mit großer Reklame eingeleitete „Preisabbau“ im Warenhandel hat eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit und des Absatzes gebracht. Immer noch ist der Warenbedarf der Verbraucher sehr groß, nachdem im Kriege und in der Inflation vielfach, besonders bei den an der Inflation am schwersten Betroffenen, ein Kaufbau am Besitz solcher Waren eingetreten ist, deren Verkauf sich auf einen längeren Zeitraum verteilt. Aber die Kaufkraft dieser Kreise, unter denen sich neben dem sogenannten Mittelstand die meisten Festbesoldeten, Arbeiter und Angestellten befinden, ist noch immer gering. Ihr muß sich der Warenpreis anpassen, wenn Absatz und Umsatz gehoben werden sollen. Dem annähernd in dem gleichen Verhältnis, wie der Verbrauch an Kleidung, Wäsche, Möbeln — gar nicht zu reden von den Waren, deren Erwerb höhere kulturelle Interessen voraussetzt — in den Kreisen der Berarmten eingetreten ist, haben die Ruhnießer der Inflation in der Zeit der Flucht in die Sachwerte sich überreichlich, manchmal auf Jahre hinaus, eingebedeckt. Die Nachfrage dieser letzteren Kreise wird auf längere Sicht hinaus deshalb für den inneren Warenmarkt kaum in Betracht kommen, weil die Vorratsbildung gewisse natürliche Grenzen im Verbrauch selbst hat, weil ferner der Geldstrom zum Sachwertbesitzern nachgelassen hat und weil schließlich die hohen Zinssätze für Leihgeld und der

Zwang zur Liquidität ebenso sehr zur Bereithaltung von gewissen Geldreserven und Guthaben antreiben wie die Warenbeschaffung bei sinkenden Preisen unlohnend wird.

Die Anpassung der Preise an die Kaufkraft der wirtschaftlich Schwachen ist denn auch das Ziel der Schleuderverkäufe, Ausverläufe und anderer Versuche, die Preise „ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis“ herabzusetzen. Man verfolgt das Ziel nicht um der schönen Augen der Verbraucher willen, sondern deshalb, weil eben der übrige Markt verlagert, die Läger überfüllt sind, die Gläubiger der Händler drängen und Kredite nur mit großen Opfern erkäuflich sind, die die Gewinne aufzehren.

Beachtet man nun die Preisstellung der Geschäfte beim Ausverkauf, so fällt es auf, daß zwar billige Waren in Massen am Markt sind, daß aber diese — soweit es sich nicht um jurisdigete und außer Mode gekommene Stücke handelt — meistens von minderer Qualität sind. Diese Beobachtung, die jeder Käufer nachprüfen kann, wird von der ernsthaften bürgerlichen Frangipolitik gestützt. Wirtschaftliche Qualitätsware ist in den meisten Fällen noch unverhältnismäßig teuer, wenn man sie mit den Vorkriegspreisen und mit den Auslandspreisen vergleicht. Der hohe Prozentsatz von Fertigmängeln in der deutschen Wareneinfuhr beweist, daß eine billigere Preisstellung möglich ist und erreicht werden muß, wenn die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland aufrechterhalten und erhöht werden soll.

Die Anpassung an die Kaufkraft des inneren Marktes aber birgt in sich schwere Gefahren, wenn sie nur oder auch nur vorwiegend auf das Angebot minderer Qualitäten zu billigen Preisen sich erstreckt. Die Gefahr ist gering, solange man von alten Warenbeständen zehrt. Sie wächst aber, wenn sie die Warenproduktion in dem Streben, den breiten Massen billige Preise zu geben, von vornherein auf die Herstellung von Schundwaren wirft, diese mit den Hilfsmitteln der modernen Technik so ausstattet, daß sie beim Kauf den Anschein hochwertiger Waren erweckt. Eine solche Schleudersfabrikation hat bereits begonnen und droht sich allgemein durchzusetzen. Volkswirtschaftlich wäre eine solche Entwicklung höchst unerwünscht. Der Verbrauch von Textilwaren beispielsweise bedeutet bei minderer Qualität eine Verschwendung insofern, als der Aufwand von Rohstoffen und Arbeitskraft bei Herstellung hochwertiger Qualitäten nicht viel größer ist als bei Waren minderer Qualität, nur daß die Haltbarkeit der besseren Warenarten eine bedeutend größere, der Verbrauch also viel sparsamer ist. Ganz abgesehen davon aber, kann Deutschland seine Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt nur dadurch wiedergewinnen, daß es sich ausgesprochen der Herstellung von Qualitätswaren widmet.

In der Geschichte der deutschen Wirtschaft hat es schon wiederholt solche Perioden gegeben, wo man in der Verkennung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse mit Schleudersfabrikation sich künstlich einen Markt geschaffen hat, der den Warenabstoß eher hemmte als förderte. Es war besonders nach den Gründerjahren, wo die Unterbietung deutscher Firmen auf dem ausländischen Markt eine Voreingenommenheit gegen die deutschen Waren weckte, die dem deutschen Warenabstoß nach dem Ausland schadet. Es wäre denkbar, wenn man in ähnliche Methoden wieder verfallen würde, zu einer Zeit, wo Deutschland auf seinen Export angewiesen ist und wo es in Qualität und Preisstellung der ausländischen Produktion als ebenbürtiger Gegner entgegenzutreten muß.

Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft gibt es nur wenige Mittel, um die Produktion dahin zu beeinflussen, daß sie sich der Fabrikation hochwertiger Waren in besonderer Weise zuwendet. Vorbedingung dafür ist die Schaffung einer ausreichenden Kaufkraft bei den Verbrauchern, damit diese sich auch wirklich Qualitätswaren kaufen können. Die künstliche Niedrighaltung der Löhne, wie sie von den Unternehmerverbänden gefordert und praktisch auch vielfach durchgesetzt wird, ist jedenfalls das denkbar beste Mittel, um den Absatz minderwertiger Schleudersfabrikate zu begünstigen und den Markt für hochwertige Produkte im Inland zu untergraben. Die Frage der Löhne ist ja in den meisten Fällen nicht so sehr eine Frage der Arbeitsleistung, die mit der Anwendung rationaler Arbeitsmethoden und mit einer technisch hochstehenden Organisation der Betriebe auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit gehoben werden kann, als eine Frage der Reallohn und des zielbewußten Willens, Kaufkraft und Warenpreise miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Hierin haben die deutschen Unternehmer traglos viel von ihrem amerikanischen Vorbild, Henry Ford, zu lernen. Werden die Löhne künstlich niedrig gehalten, so entsteht jene Armut des Bettlers, der immer verschwendet und verschwendend muß, weil er von der Hand in den Mund lebt und über seine geringe ökonomische Kraft gar nicht im Übermaß verfügen kann. Ein anderes Mittel zur Förderung der Qualitätsproduktion ist die Erziehung der Verbraucher zum Qualitätsverbrauch. Der Käufer ist in der Regel nicht in der Lage, bei Warenanschaffungen die Qualität mit derjenigen Sorgfalt nachzuprüfen, die ihm einen Überlohn darüber geben könnte, ob dieser Einkauf auf die Dauer auch wirklich lohnt. Schon früher ist daher von sozialistisch orientierten Wirtschaftskritikern der Vorschlag gemacht worden, eine Reihe von Waren nicht nur mit der üblichen Handelsbezeichnung zu versehen, sondern die Qualität so genau zu kennzeichnen, daß der Käufer genau weiß, welchen Nutzen er sich aus dem Gebrauch der Ware versprechen kann. So mühten Stoffe nicht nur genau die Handelsbezeichnung und die Breitenangabe, sondern auch eine Kennzeichnung dafür erhalten, ob sie leicht wackbar, in welchem Maße sie haltbar sind. In ähnlicher Weise könnte verlangt werden, daß Schuhe und andere Waren klassifiziert werden. Erinnerung ist noch, daß man in Berlin kürzlich einen jaghaften Verlust machte, die Käufer auf den Vorteil beim Einkauf von Qualitätswaren aufmerksam zu machen. In Schaufenstern wurden die Unterschiede in der Herstellung und Brauchbarkeit hoch- und geringwertiger Waren ausgestellt. Veranstaltungen dieser Art sind nicht ohne Nutzen, können aber auf die Dauer die Einstellung des Publikums nicht ändern. Hier bedarf es des fortgesetzten Hinweises darauf, welcher Einkauf ökonomisch richtig ist.

Jedenfalls sollten alle Mittel ausgenutzt werden, um zu verhindern, daß der Preisabbau in einer Schundfabrikation endet, anstatt in einer gründlichen Revision der Gestehungskosten und in einem Preisabbau gerade der hochwertigen Bedarfswaren zur Belebung des inneren Marktes, damit zur Förderung der Qualitätsproduktion, deren Steigerung bei niedrigster Preisstellung die beste Gewähr auch für die Exportfähigkeit der Industrie ist. Mit dieser Feststellung richten sich auch alle Forderungen von Interessentenverbänden nach Schutzstellen, die den Qualitätskonsum und die Qualitätsproduktion im Inland verteuern.

### Zur Gründung der Arbeiterbank.

Von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine wird uns geschrieben:

Ueber die neugegründete Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist in der 2. Beilage der Nr. 304 des „Vorwärts“ ein Artikel enthalten, der einer Ergänzung bedarf. Wenn es darin bezüglich der Mitgliedsbeiträge, die sich in den zentralen Gewerkschaftsorganisationen ansammeln, heißt, daß sie eine Geldquelle darstellen, die in den Dienst der eigenen Sache gestellt werden sollte, so ist dieser Gedanke seit Jahrzehnten erörtert worden. Wenn es aber weiter heißt, daß hier hemmend wirkten der Mangel an ausreichenden, gemeinnützigen Produktionsrichtungen, die wenigstens einen Teil der Gelder im Rahmen der von der Arbeiterschaft gepflegten wirtschaftlichen Interessen verwenden könnten, so muß diese Aeußerung verwundern. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Hamburg, unterhält seit dem Jahre

1909 eine Bankabteilung, welche alle die Geschäfte, die sich die neue Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. S. zu machen vorgenommen hat, betreibt und somit in der mit Recht als schwierig bezeichneten Behandlung von Geldern der Arbeiterorganisationen langjährige Erfahrungen besitzt. Nicht nur die Genossenschaften, sondern auch die Gewerkschaften haben sich vor und während des Krieges in immer steigendem Maße der Bankabteilung der GGG zur Verwaltung ihrer Gelder bedient und sind gut dabei gefahren. Die GGG hat bekanntlich, wie übrigens aus dem in der gleichen Nummer des „Vorwärts“ enthaltenen Bericht über die Genossenschaftstagung zu ersehen ist, bereits eine große Zahl von gemeinnützigen Fabrikanlagen errichtet, in denen Lebensmittel und Bedarfsartikel aller Art für die große Masse der Verbraucher hergestellt werden. Ueberdies besteht ein Bauprogramm der GGG, das die Errichtung einer erheblichen Zahl weiterer gemeinnütziger Fabrikbetriebe vorsieht; also nicht ein Mangel an ausreichenden gemeinnützigen Produktionsrichtungen besteht — im Gegenteil können die vorhandenen und noch notwendigen zu errichtenden Produktionsrichtungen nicht genügend ausgebaut und betrieben werden wegen des vorhandenen Mangels an Kapital, wie es in dem oben angeführten Bericht über die diesjährige Jahresversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine näher geschildert wird.

Die Frage, ob es notwendig war, unter diesen Verhältnissen eine neue Bank zur Verwertung von Arbeitergeldern zu gründen, soll hier nicht erörtert werden. Es haben darüber Verhandlungen stattgefunden, in deren Verlauf sich die GGG schriftlich erboten hatte, die Leitung des ADGB, an der Leitung der GGG und insbesondere ihrer Bankabteilung sowohl durch eine Vertretung als auch am Gewinns zu beteiligen und in dem neu erbauten Bundeshaus des ADGB in Berlin, in dem die GGG bekanntlich kürzlich gemeinsam mit der Berliner Konsumgenossenschaft eine Verkaufsstelle für Tabakfabrikate aus eigenen Fabriken eröffnet hat, auch eine Zweigstelle ihrer Bankabteilung zu eröffnen, um so den in Berlin sitzenden Arbeiterorganisationen jede mögliche Bequemlichkeit zu bieten. Das Angebot ist leider abgelehnt worden.

### Neuere Fortschritte im Elektrizitätswesen.

Der verlorene Krieg hat in Deutschland, neben anderen schädlichen Folgen für die Wirtschaft, auch die verhängnisvolle Wirkung gehabt, daß das Land in seiner technischen Fortentwicklung aufgehalten ist. Ein Gebiet, auf dem Deutschland vor dem Kriege mit an der Spitze aller Länder marschierte, war die Elektrotechnik. Man kann nicht sagen, daß die Elektrotechnik in Deutschland seit Beginn des Krieges nicht weiter fortgeschritten wäre. Es sei nur an so grundlegende neuere Erfindungen wie die Erdschließpunkte von Peterseu erinnert, die die Aufgabe hat, Hochspannungsleitungen, die durch Erdstoß defekt geworden sind, im Betriebe aufrechtzuerhalten und die schädlichen Folgen des Erdstoßes zu mildern. Es sei auf die bedeutenden Neuerungen in der Wärmedynamik hingewiesen, wie z. B. die Durchbildung der Kohlenstaubfeuerung, die Konstruktion von Kesseln und Turbinen für sehr hohe Dampfspannungen (35 Atmosphären und mehr), die Ausstellung von Maschinen einheiten für sehr große Leistungen (75 000 PS. pro Einheit, Maschinen, die von der AEG für das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk gebaut sind) usw. Auch in der äußeren Entwicklung des Elektrizitätswesens ist kein Stillstand zu bemerken. In den letzten Jahren wurden und werden noch die großen Süddeutschen Wasserkraftanlagen des Walchenseewerkes, der Mittleren Isar und die bei der Anlage des Rhein-Donau-Kanals sich ergebenden Gefälle ausgebaut. Die Hochspannungseine für 100 000 Volt, wie sie von den Elektrowerken, das sind die Reichs-Elektrizitätswerke, von dem Bayernwerk usw. betrieben werden, haben gerade in den letzten Jahren eine beträchtliche Ausdehnung erfahren.

Trotz aller dieser Neuerungen und Neubauten ist die gegenwärtige Lage des Elektrizitätswesens in Deutschland, rein technisch betrachtet, nicht befriedigend. Es fehlt uns, besonders auf dem Gebiete der Dampfströmwerke, die finanzielle Möglichkeit zur Ausführung wirklich großer, neuer Schöpfungen. Dabei ist zu bemerken, daß die Erzeugung der Elektrizität mit Dampfkraft, d. h. aus Steinkohlen oder Braunkohlen, in Deutschland, trotz allem Ausbau der Wasserkräfte, immer den größten Teil der Gesamtenergieerzeugung ausmachen wird. Seit dem Bau des Großkraftwerkes Golpa im Jahre 1915 — dieses Werk war seinerzeit das größte nach einheitlichem Plan errichtete Dampfströmwerk der Welt — sind in Deutschland nur noch vorhandene ältere Anlagen teils erneuert, teils erweitert worden. Andere glückliche Länder, wie z. B. England und Amerika, haben aber inzwischen moderne Kiefenanlagen geschaffen, die sich durch eine bedeutende Verbesserung in der Wirtschaftlichkeit der Energieerzeugung auszeichnen. Besonders der Kohlenverbrauch, der unter den Ausgaben eines Großkraftwerkes meistens den größten Bestandteil bildet, ist in den neueren ausländischen Werken beträchtlich geringer als in den deutschen Anlagen. Zahlenmäßig stellt sich dieser Unterschied folgendermaßen dar: Die für die Erzeugung von einer Kilowattstunde benötigte Kohlenmenge verhält sich in den besten, nun schon etwas veralteten deutschen Werken zu den modernen ausländischen Werken wie etwa 4:3. Das ist ein, unter wärmetechnischen Gesichtspunkten betrachtet, gemäßigter Unterschied, der sich auch finanziell in großen Zahlen ausdrückt. Wäre es den Berliner Städtischen Elektrizitätswerken z. B. möglich, ihr gegenwärtiges System von Stromerzeugung und Strombezug durch ein noch neueres Gesichtspunkten erdichtetes Großkraftwerk zu ersetzen, so ergäbe sich damit allein an Kohlenkosten, nach dem heutigen Preise für Steinkohlen gerechnet, eine Ersparnis von etwa 4 bis 5 Millionen Reich pro Jahr. Hoffentlich kommt die deutsche Wirtschaft bald aus ihrer trostlosen Lage heraus, so daß sich die Aussicht eröffnet, daß wir auch in Deutschland an die Errichtung derartiger moderner Großkraftwerke wieder herantreten können. Dr.-Ing. W. Rajeczki.

Die Bezahlung der Holzkaufgelder. Die wirtschaftliche Lage auf dem Holzmarkt hat, wie der preußische Landwirtschaftsminister in einer längeren Verfügung ausführt, unter dem Einfluß der gegenwärtigen Kreditnot und der damit verbundenen Geschäftskredite eine solche Anpassung erfahren, daß die Einlösung der zur Begleichung von Holzkaufgeldern in Zahlung gegebenen Wechsel wie auch die Erfüllung der Zahlungsoverbindlichkeiten bei Bezahlung der Holzkaufgelder in Teilbeträgen vielen Holzkaufleuten Schwierigkeiten bereitet. Aus diesem Grunde dürfen künftig in besonders dringenden Fällen auf begründete Anträge hin Teilprolongationen fällig werdender Holzkaufgelder zugelassen werden, die allerdings in eine Reihe in der Verfügung im einzelnen aufgezählten Bedingungen geknüpft sind. — Der Zinsfuß für die Berechnung der Verzugszinsen wird von 30 auf 36 Proz. jährlich erhöht mit der Maßgabe, daß bei allen nach dem 10. Juni d. Js. verspätet geleisteten Zahlungen die erhöhten Zinsen vom Fälligkeitstage einschließlich bis zum Tage der Zahlungseinkahlung ausschließlich zu berechnen sind.

Weiterer Rückgang in der Kalkproduktion. In der Kalkindustrie ist die Erzeugung im Laufe des Monats auf 25 Proz. zurückgegangen. In vielen Fällen erfüllt bereits gebrannter Kalk in Mengen, der Absatz an die Eisen- und Stahlindustrie ist um rund 27 Proz., an die chemische Industrie um rund 50 Proz. und an die Kalksandsteinindustrie um rund 45 Proz. im Verhältnis zum Monat Mai gefallen. Lediglich der Absatz an rohen Kalkstein seitens der Eisen- und Stahlindustrie zeigt eine leichte Besserung. Der Absatz an das Baugewerbe war infolge der daniederliegenden Bauwirtschaft kaum nennenswert. Die Landwirtschaft fällt bereits seit April fast vollkommen als Käufer aus. Das Ausfuhrgeschäft zeigt eine geringe Belebung, als Hauptabnehmer kom Holland in Betracht. Demgegenüber sieht eine beträchtliche Einfuhr sächsischen Kalkes. Im breiten Gebiet bereitet belgischer Kalk der heimischen Industrie scharfen Wettbewerb. Ferner machen sich Bestrebungen bemerkbar, langreichhaltigen Kalk einzuführen.